

Kalender 2016

Wo steht die Schweiz?

Schweiz

Ein wirtschaftspolitischer Lagebericht in 24 Grafiken

Lukas Rühli

Autor Lukas Rühli, www.avenir-suisse.ch/733/lukas-rubli/
Lektorat Gerhard Schwarz
Herausgeber Avenir Suisse, www.avenir-suisse.ch
Grafikkonzept Lukas Rühli
Gestaltung Severin Hürzeler, www.die-grafischen.ch
Druck Calendaria, www.calendaria.ch
Zitierweise Lukas Rühli (2015): Wo steht die Schweiz? (Zürich: Avenir Suisse)

© Dezember 2015 Avenir Suisse, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Da Avenir Suisse an der Verbreitung der hier präsentierten Ideen interessiert ist, ist die Verwertung der Erkenntnisse, Daten und Grafiken dieses Werks durch Dritte ausdrücklich erwünscht, sofern die Quelle exakt und gut sichtbar angegeben wird und die gesetzlichen Urheberrechtsbestimmungen eingehalten werden.

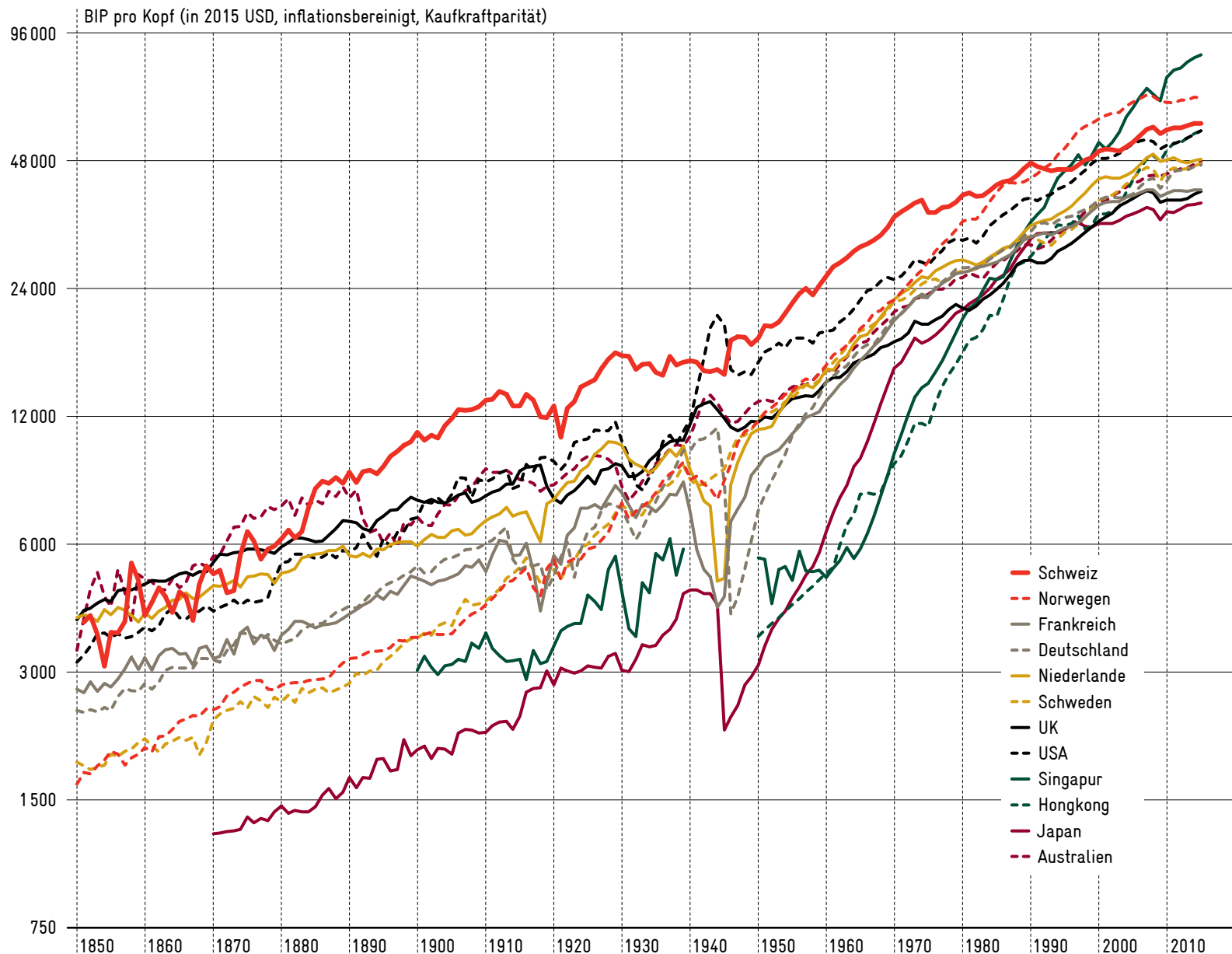
Bestellung assistent@avenir-suisse.ch, Tel. 044 445 90 00
Download www.avenir-suisse.ch/52179/kalender

Nicht dank dem Bankgeheimnis, sondern dank Innovationsgeist reich

Man hört es oft: Ihren Wohlstand habe die Schweiz vor allem der Unversehrtheit im Zweiten Weltkrieg zu verdanken sowie dem Bankgeheimnis, welches dazu geführt habe, dass Menschen aus aller Welt jenes Geld, von dem ihr Heimatland nichts wissen sollte, in die Schweiz brachten, wo es für uns arbeiten konnte.

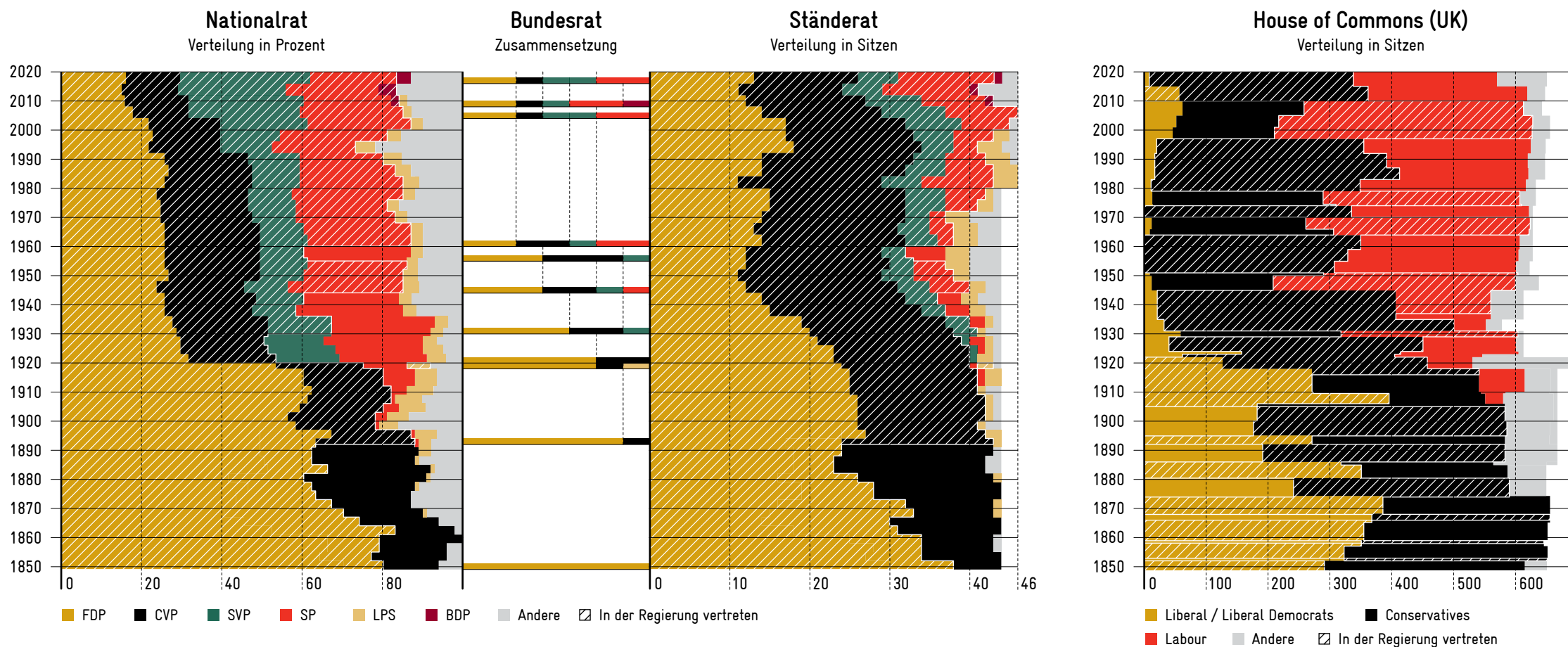
Historische Zeitreihen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts widerlegen diese «Vorwürfe». Sie zeigen, dass die Schweiz schon Ende des 19. Jahrhundert den höchsten Wohlstand aller (relevanter) Länder aufwies – wenn auch dieser natürlich drastisch geringer als heute und zudem sehr ungleich verteilt war. Dieser Wohlstand war das Ergebnis einer Reihe wichtiger und richtiger Weichenstellungen – und das durchaus im wörtlichen Sinn: Der – nach deutlichem Rückstand auf andere Industrieländer – rasche, durch Private organisierte Bau eines Eisenbahnnetzes war die Urzündung für eine moderne Schweiz, die beispielsweise als Forschungsstandort brilliert.

In der Tat blieb der Schweiz zwar ein grosser Einbruch während des Zweiten Weltkriegs erspart. Länder wie Deutschland, Frankreich, die Niederlande oder Japan, die diesen Einbruch zu erleiden hatten, brauchten aber nicht mehr als 10–15 Jahre, um ihn wettzumachen. Seit 1970 schmilzt der Wohlstandsvorsprung der Schweiz sogar deutlich. Von Ländern wie Singapur oder Norwegen wurde sie überholt, andere haben aufgeschlossen. Unser Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit und wird auch nicht von aussen an uns herangetragen, sondern er muss kontinuierlich erarbeitet werden.



Januar 2016

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1	2	3	4 KW 1	5	6	7	8	9	10	11 KW 2	12	13	14	15



Stabile Schweizer Regierung statt leere Versprechen und Bestrafung

Die Schweizerische Regierung zeichnet sich durch eine einzigartige Stabilität aus. Mit 167 Jahren ununterbrochener Regierungspräsenz hält die FDP weltweit einen einsamen Rekord. Das Ganze nennt sich Konkordanz: Alle wichtigen Parteien werden in die Regierungstätigkeit eingebunden, womit meistens über 80% der Wähler repräsentiert werden. Daraus folgt auch im Parlament eine grosse Stabilität: Da die Regierungs-

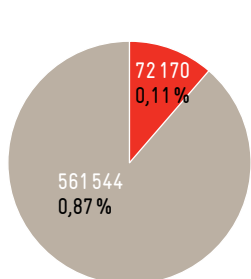
verantwortung zwischen den Parteien geteilt ist, werden bei Unzufriedenheit nicht einzelne Parteien abgestraft. Grosse Verschiebungen bei Neuwahlen kommen deshalb kaum vor. Die Opposition ist in der Schweiz das Stimmvolk, das sich mit Volksinitiativen und Referenden wehren kann.

Man kann diese «Verantwortungslosigkeit» der Regierung kritisieren. Am Beispiel der ältesten parlamentarischen

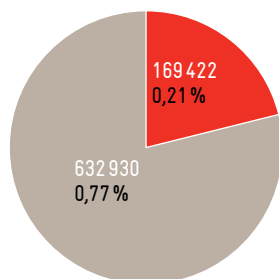
Demokratie, der britischen, zeigt sich aber, dass der Gegenentwurf nicht besser ist: Im Wahlkampf wird das Blaue vom Himmel versprochen, einmal an der Macht werden die geschürten Erwartungen meist enttäuscht, worauf die Regierungspartei von der Wählerschaft abgestraft wird und die das Blaue vom Himmel versprechende Opposition das Zepter übernimmt – und so weiter.

Januar 2016

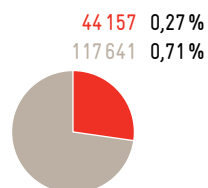
Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
16	17	18 KW 3	19	20	21	22	23	24	25 KW 4	26	27	28	29	30	31



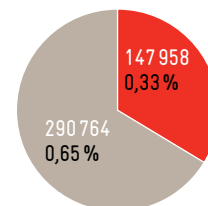
Frankreich



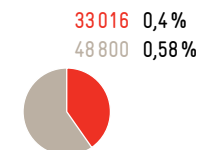
Deutschland



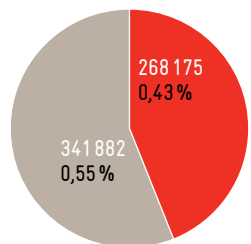
Niederlande



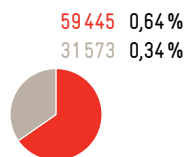
Spanien



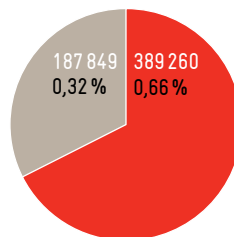
Österreich



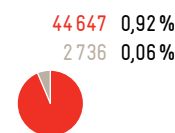
UK



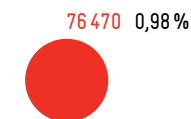
Schweden



Italien



Norwegen



Schweiz

■ Tatsächliche Nettozuwanderung von Ausländern (Mittelwert 2007–2012) in absoluten Zahlen und in % der Gesamtbevölkerung des Ziellandes

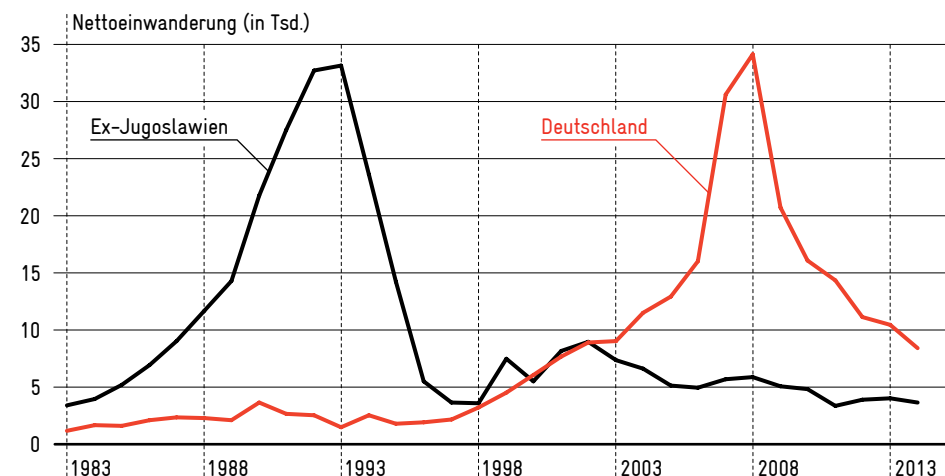
■ Zusätzlich «nötige» Nettozuwanderung, um die gleiche Zuwanderungsquote wie die Schweiz zu erreichen

Alte und neue Zuwanderung

Die Schweiz ist schon seit Ende des 2. Weltkriegs ein Zuwanderungsland. Geändert hat sich zuletzt allerdings der Charakter der Zuwanderung. War sie bis in die 1990er-Jahre von Personen mit eher geringem Bildungsniveau dominiert, erlebte die Schweiz ab Beginn der Personenfreizügigkeit eine «neue» Zuwanderung von mehrheitlich gut gebildeten Personen aus dem EU-Raum. Der Wechsel zeigt sich symptomatisch an den Verläufen der Nettozuwanderung aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und aus Deutschland, die praktisch identisch, aber um 15 Jahre verschoben sind. Das entscheidende Migrationsmotiv der Personen aus dem West-Balkan war der

dortige Krieg, das entscheidende Motiv der Deutschen waren die beruflichen Perspektiven.

Das Ausmass der jüngsten Zuwanderungsphase (2007–2014) wird klarer, wenn die absoluten Werte in Relation zur Einwohnerzahl im Zielland gesetzt werden: Nur Norwegen erreichte eine ähnliche Quote. Spanien erlebte in den Jahren bis 2007 eine massive Zuwanderung, seit 2010 ist der Saldo hingegen sogar negativ. Deutschland hätte jährlich 633 000 zusätzliche Einwanderer gebraucht, um die Quote der Schweiz zu erreichen.



Februar 2016

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
1 KW 5	2	3	4	5	6	7	8 KW 6	9	10	11	12	13	14	15 KW 7

Initiativen:

gesamthft seit 1946: 167
davon wirtschaftsrelevant¹: 135

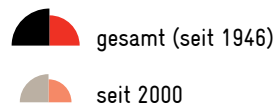
wirtschaftsfreundliche² Vorlage angenommen

wirtschaftsfreundliche² Vorlage abgelehnt

wirtschaftskritisches Ergebnis

wirtschaftskritische³ Vorlage angenommen

wirtschaftskritische³ Vorlage abgelehnt



Vorlagen, gegen die das Referendum ergriffen wurde:

gesamthft seit 1946: 128
davon wirtschaftsrelevant¹: 83

wirtschaftsfreundliche² Vorlage angenommen

wirtschaftsfreundliche² Vorlage abgelehnt

wirtschaftsfreundliches Ergebnis

wirtschaftskritische³ Vorlage angenommen

wirtschaftskritische³ Vorlage abgelehnt

¹ Vorlagen, zu denen von den vier wirtschaftsnahen Akteuren Economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Arbeitgeberverband und FDP mindestens drei eine Parole fassten.
² Die wirtschaftsnahen Akteure (siehe ¹) fassten mehrheitlich (also mindestens 3 von 4 oder mindestens 2 von 3) die «Ja»-Parole.
³ Die wirtschaftsnahen Akteure (siehe ¹) fassten mehrheitlich (also mindestens 3 von 4 oder mindestens 2 von 3) die «Nein»-Parole.

Ambivalentes Verhältnis der Stimmbürger zur Marktwirtschaft

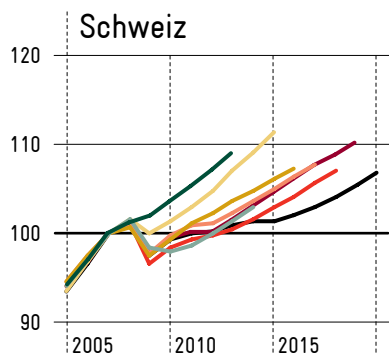
Die Volksrechte werden in der Schweiz fast immer in marktkritischer Absicht ergriffen: Seit Ende des Zweiten Weltkriegs waren von den 135 zur Abstimmung gelangten, wirtschaftsrelevanten Volksinitiativen nur 3 im Interesse der Wirtschaft. Das Referendum wiederum wandte sich in 72 Fällen gegen wirtschaftsfreundliche Vorlagen und nur in 11 gegen wirtschaftskritische.

Die These, es seien in erster Linie die Interventionen des Stimmvolkes, die den Staat schlank hielten, und unnötige oder gar schädliche Regulierungen verhinderten, erhält damit einen Dämpfer. Trotzdem ist es möglich, dass die direkte Demokratie diesem Ziel ebenso gut oder sogar besser dient als eine repräsentative, denn in den Abstimmungen kehrt sich das Bild: Bei den Initiativen entschieden die Stimmbürger in 123 von 135 Fällen (91,1%) wirtschaftsfreundlich, bei den Referenden in 55 von 83 Fällen (66,3%).

Nun könnte man argumentieren, all diese Interventionen wären in einer repräsentativen Demokratie gar nicht erst vorgekommen – womit der direkten Demokratie trotz meist wirtschaftsfreundlichen Abstimmungsergebnissen kein gutes Zeugnis ausgestellt werden könnte. Diese Überlegung greift aber zu kurz: Etatistische, marktkritische Tendenzen würden ohne die Möglichkeit zur direkten Mitsprache nicht einfach verschwinden, sondern sich andere Transmissionsriemen suchen. In einigen Fällen führt also die direktdemokratische Mitwirkung des Stimmvolkes zu Ergebnissen, an denen liberal gesinnte Bürger und die Leistungsträger in diesem Land keine Freude haben, in vielen anderen Fällen wird aber immerhin ein wirtschaftsfreundliches Anliegen explizit durch das Stimmvolk legitimiert, was der Wahrung eines freiheitlichen, wachstumsfreundlichen Grundkonsenses dienlich sein dürfte.

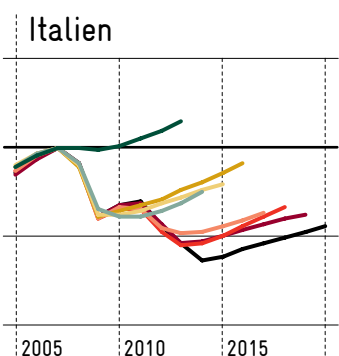
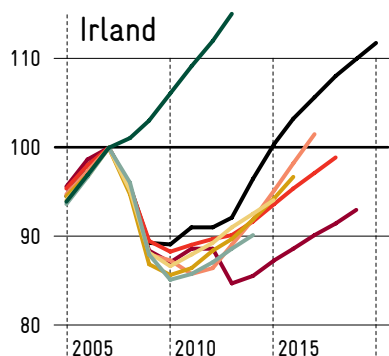
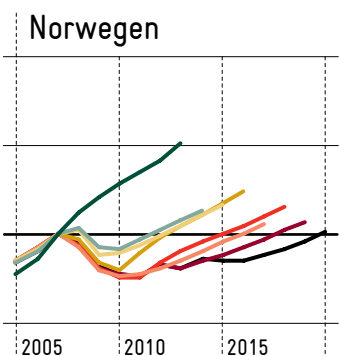
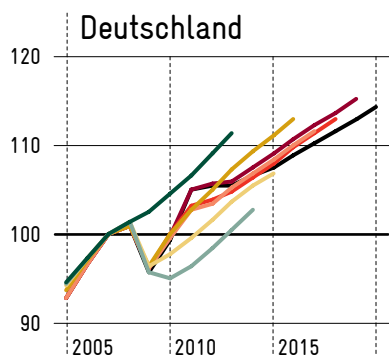
Februar 2016

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
16	17	18	19	20	21	22 KW 8	23	24	25	26	27	28	29 KW 9



Prognose des IMF zur Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIP (Index, 2007=100)

- April 2008
- April 2009
- April 2010
- April 2011
- April 2012
- April 2013
- April 2014
- Oktober 2015



Die Welt lässt sich nicht prognostizieren

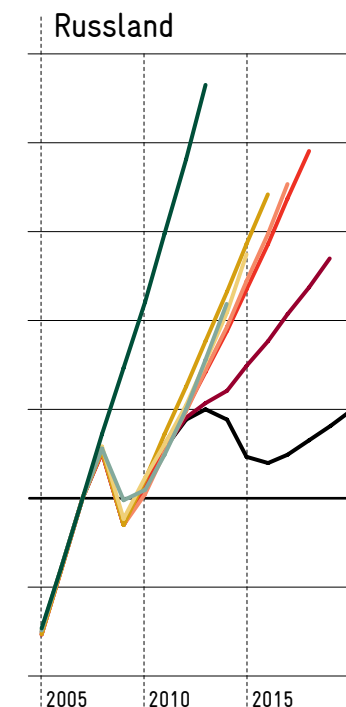
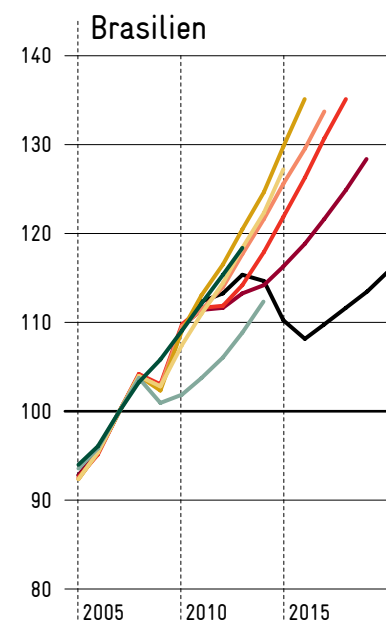
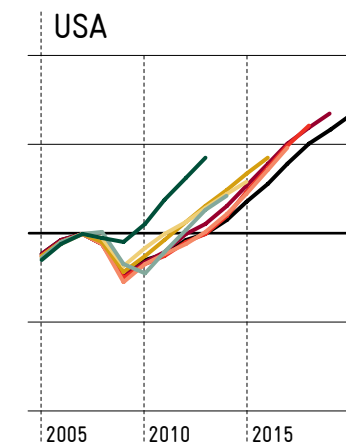
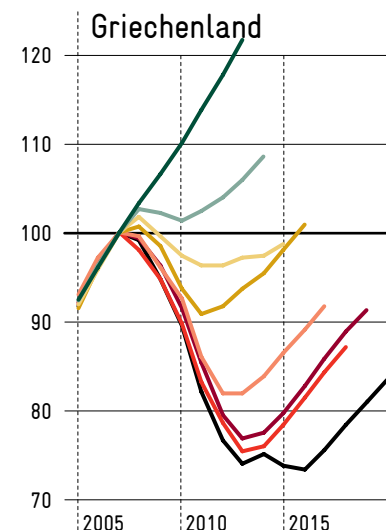
«Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen» (wahlweise Mark Twain, Winston Churchill oder Nils Bohr). Dass diese lakonische Aussage besonders gut auf Wirtschaftsprognosen zutrifft, wird beim Betrachten der übereinandergelegten Voraussagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) zur Entwicklung der Wirtschaftsleistung klar:

Noch 2008 wurde Griechenland ein hohes, stabiles Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Seither mussten die Prognosen Jahr für Jahr drastisch nach unten korrigiert werden. Bis vor kurzem hiess es, die Talsohle hätte 2013 erreicht sein sollen, die jüngste Prognose sagt für 2016 plötzlich einen neuerlichen Einbruch voraus. Gegenüber dem vor der Krise (bei konstanter Wachstumsrate) für 2020 prognostizierten Niveau dürfte sich der Wohlstand gemäss neuester Prognose beinahe halbieren.

Deutschland wurde hingegen schon kurz nach Ausbruch der Finanzkrise ein deutlicher Konjunkturunbruch vorhergesagt. Schnell konnten die Prognosen aber wieder nach oben korrigiert werden. Während die Griechen noch Jahrzehnte darauf warten müssen, überschritt das deutsche Pro-Kopf-BIP schon 2010 wieder das Vorkrisenniveau.

Andere Länder wie Russland oder Brasilien waren von der Finanzkrise kaum betroffen (Brasilien wurde 2009 fälschlicherweise eine Betroffenheit prognostiziert). Hier erfolgten die grossen (unvorhergesehenen) Einbrüche erst 2015 aufgrund individueller Krisen.

Dass auch nach mehreren Krisen Jahren die Prognosen ausgewiesener Experten oft das Papier nicht wert waren, auf dem sie geschrieben standen, ist ein wichtiges Warnsignal gegen die Wissensanmassung, der wir alle nur allzu oft verfallen.



März 2016

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag
1	2	3	4	5	6	7 KW 10	8	9	10	11	12	13	14 KW 11	15

Integration einer ganzen DDR – ohne Flächenzuwachs

Die Schweizer Bevölkerung wächst schnell. Jeder dritte Bezirk hat seit 1995 eine Zunahme der Einwohnerzahl um mindestens 20% zu verzeichnen, nur ganz wenige Bezirke waren mit einem Bevölkerungsschwund konfrontiert. Besonders eindrücklich ist der langfristige Vergleich mit unseren zwei deutschsprachigen Nachbarn: Gegenüber 1950 ist die Einwohnerzahl in der Schweiz um 75% gewachsen, während Österreich gerade einmal 22% dazugewonnen hat. Deutschland kommt trotz Integration der DDR bloss auf ein

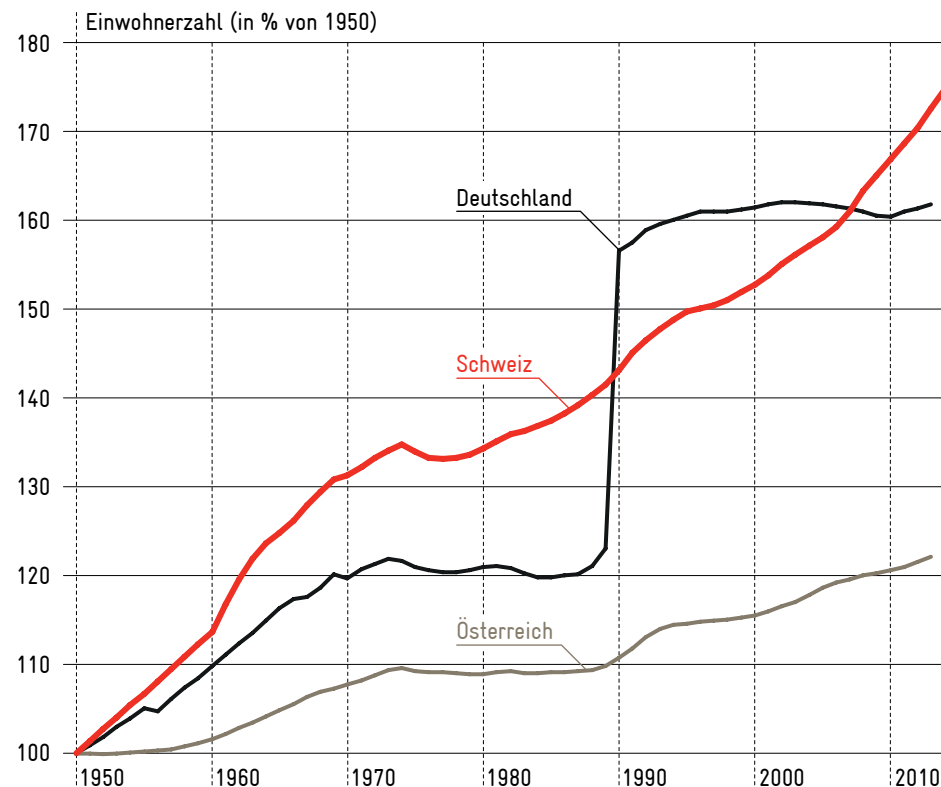
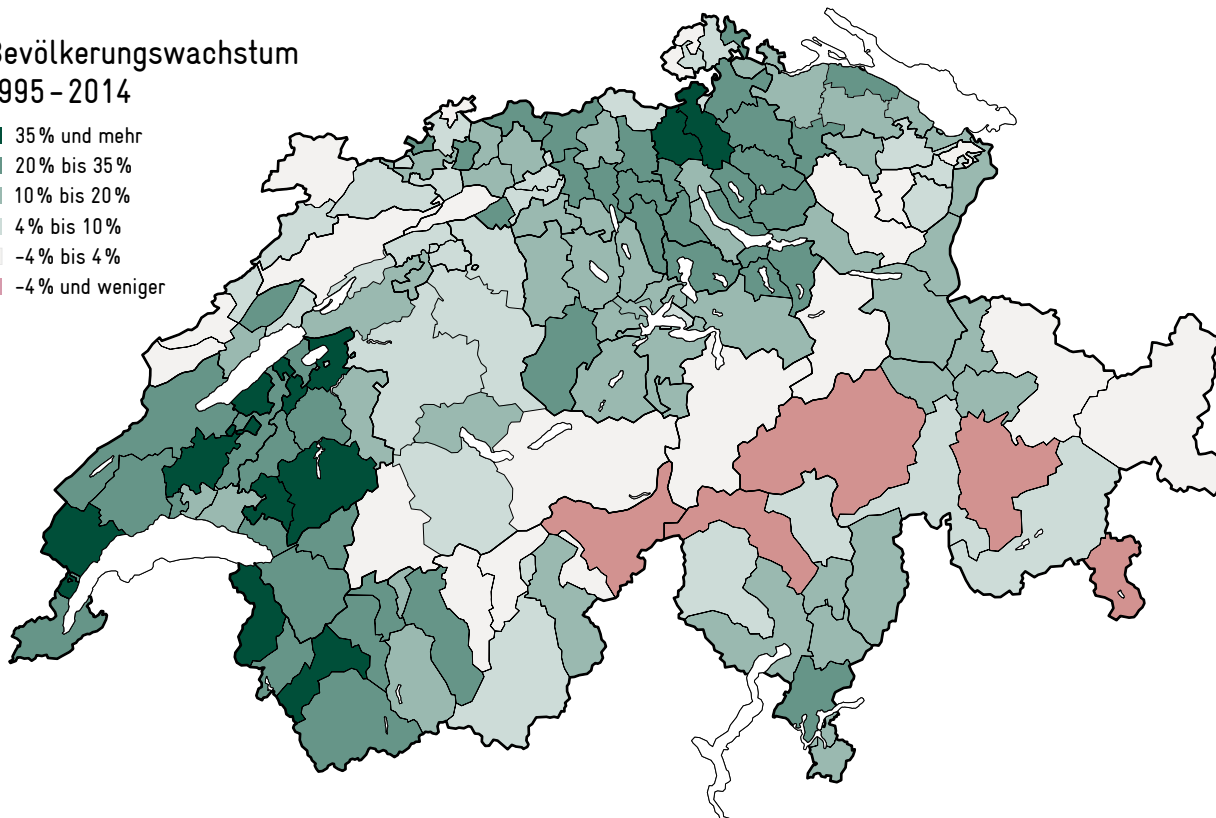
Wachstum von 62%, wobei mit dem sprunghaften Zuwachs der Bevölkerung von 25% durch die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 auch das Territorium um 43% wuchs. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz – in erster Linie Resultat von Zuwanderung, in geringerem Ausmass wegen nicht ganz so stark gesunkener Fertilitätsraten – musste hingegen ohne Flächengewinn verkraftet werden.

Mit einer griffigen Raumplanung, einer pragmatischen Bauordnung und dem Beseitigen zahlreicher Fehlanreize

im Wohnungsmarkt (v.a. nicht marktgerechte Mieten, zu billige Mobilität) könnte eine weitere Zersiedelung trotz wachsendem Wohlstand und Zuwanderung verhindert werden. In New York und Paris leben 10,8 Millionen Menschen auf gut der Hälfte der Fläche des Kantons Zürichs. Auch in einer 10-Millionen-Schweiz hätte es also noch mehr als genug Platz für unberührte Berge, reichlich Agrarland und viel Wald.

Bevölkerungswachstum 1995 – 2014

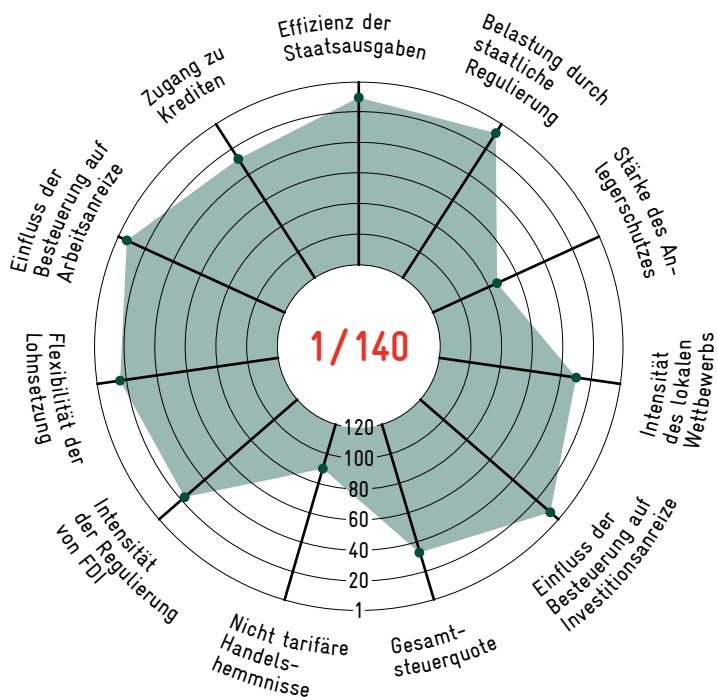
- 35% und mehr
- 20% bis 35%
- 10% bis 20%
- 4% bis 10%
- -4% bis 4%
- -4% und weniger



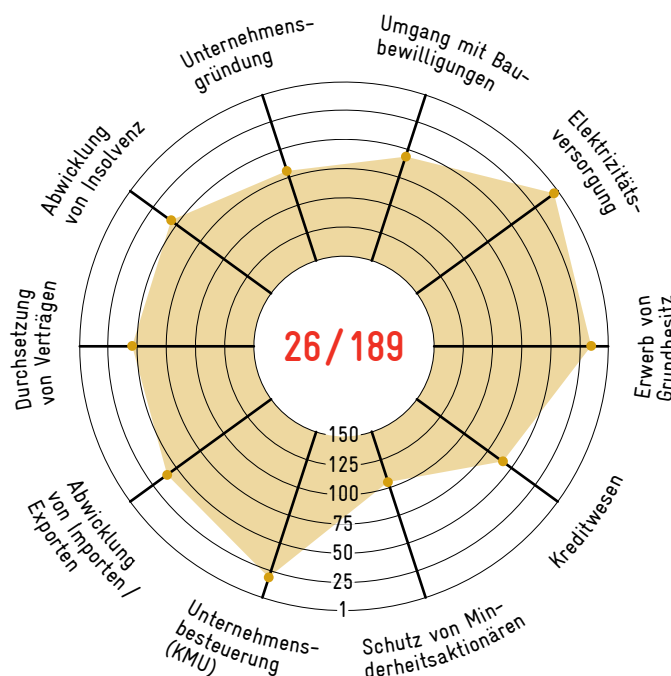
März 2016

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
16	17	18	19	20	21 KW 12	22	23	24	25	26	27	28 KW 13	29	30	31

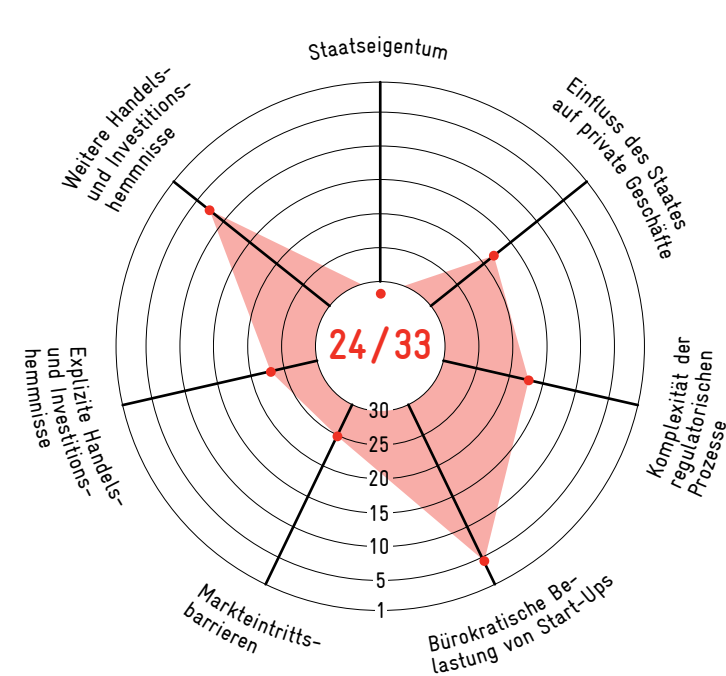
WEF: Global Competitiveness
(Auswahl an Indikatoren)



Weltbank: Doing Business
(Teilindizes)



OECD: Product Market Regulation
(Teilindizes)



Kompetitiv trotz teilweise hoher Regulierungsdichte

Dass die Schweiz ein sehr wettbewerbsfähiges Land ist, steht ausser Frage. Dieser Eindruck wird vom «Global Competitiveness»-Index des WEF bestätigt, bei dem sie (vor Singapur) seit 2010 durchgehend den ersten Platz belegt. Das heisst aber nicht, dass nicht einige Schwachpunkte auszumachen sind. Auffällig sind der mangelnde Anlegerschutz und die hohen nicht tarifären Handelshemmnisse. Auch in anderen Punkten ist die Schweiz weit weg von den Top Ten. Viele davon sind dem Bereich Gütermarkt zuzuordnen, doch

auch bei der Flexibilität der Lohnsetzung belegt sie nur Platz 16.

Weniger gut schneidet die Schweiz im «Doing Business»-Index der Weltbank ab. Dieser misst vor allem das Mass an Bürokratie, mit dem sich Unternehmer herumschlagen müssen. Gesamthaft liegt sie hier auf Platz 26 und damit z. B. hinter Österreich, den baltischen Staaten oder Georgien. Allerdings führt die Methodik, welche zwar auch die Qualität, vor allem aber die Kosten, die Zeit und die Zahl

administrativer Schritte misst, generell zu etwas verwunderlichen Ergebnissen: Zum Beispiel liegt das hochkompetitive Luxemburg mit Rang 63 nur unmittelbar vor Ruanda und Aserbaidschan und weit hinter Kasachstan.

Beim Index der OECD zur Produktmarktregulierung landet die Schweiz (trotz Verbesserungen) mit einer mittelmässigen Note sogar nur im hinteren Drittel der 33 bewerteten OECD-Länder.

April 2016

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1	2	3	4 KW 14	5	6	7	8	9	10	11 KW 15	12	13	14	15

Scheinargument Versorgungssicherheit im Strommarkt

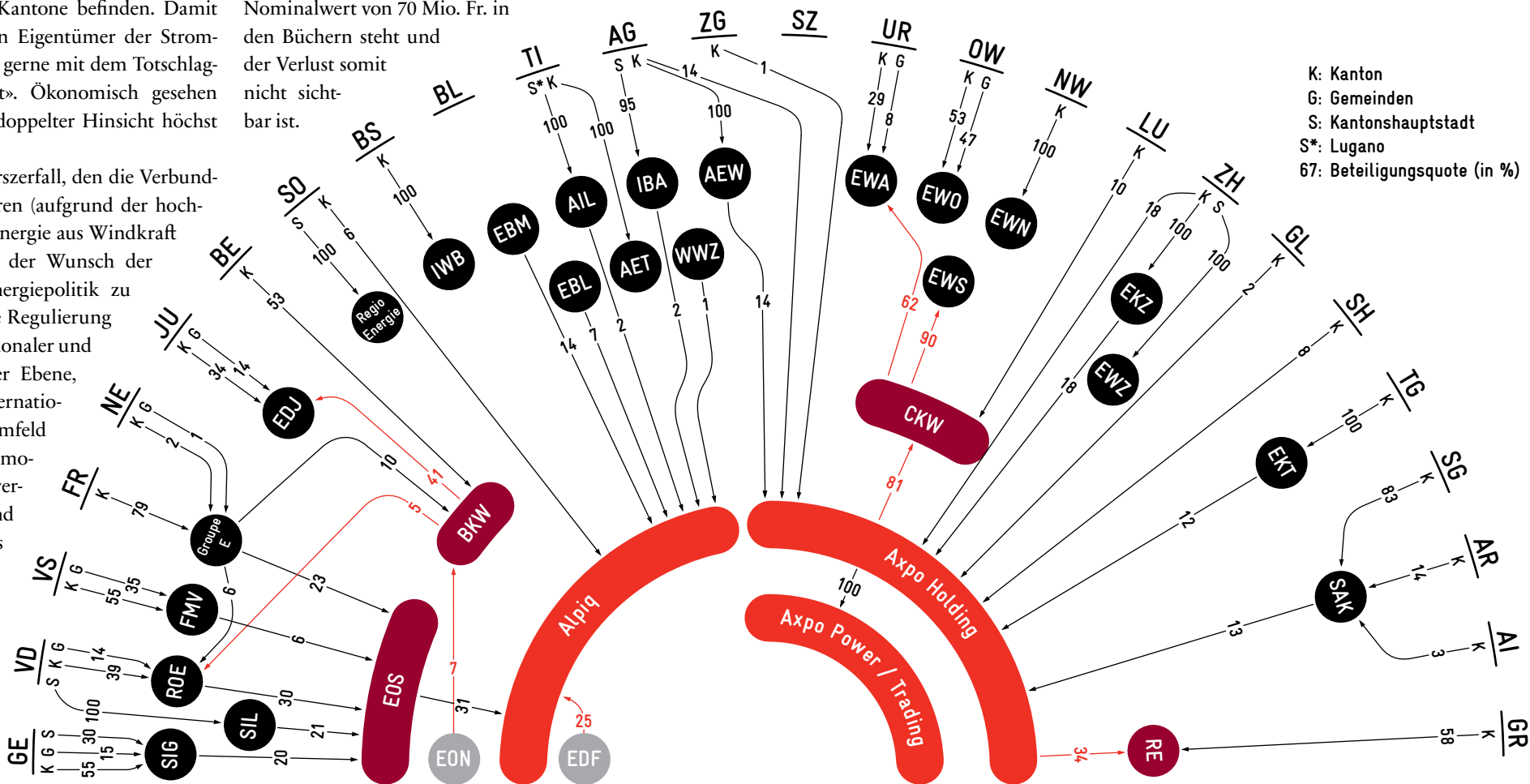
Die Schweizer Stromwirtschaft ist fest in öffentlicher Hand. Die Kraftwerksparks gehören grösstenteils den Verbundunternehmen. Deren Aktionäre sind zum geringeren Teil direkt die Kantone und zum grösseren Teil die regionalen oder kantonalen Energieversorger, die sich wiederum praktisch vollständig in den Händen der Kantone befinden. Damit sind die Kantone die wichtigsten Eigentümer der Stromproduktion. Begründet wird dies gerne mit dem Totschlagargument «Versorgungssicherheit». Ökonomisch gesehen ist dieser Zustand allerdings in doppelter Hinsicht höchst fragwürdig:

Zum einen zeigt der starke Kurszerfall, den die Verbundunternehmen in den letzten Jahren (aufgrund der hochsubventionierten ausländischen Energie aus Windkraft und Photovoltaik) erlitten, dass der Wunsch der Kantone, eine eigenständige Energiepolitik zu betreiben, ein Luftschloss ist: Die Regulierung der Energiemärkte erfolgt auf nationaler und zunehmend sogar internationaler Ebene, die Preise werden ohnehin international gebildet. In einem solchen Umfeld bringen weitgehend politisch motivierte, föderale Beteiligungsverhältnisse nur Effizienzverluste und behindern das Funktionieren des Marktes. Zur Versorgungssicherheit tragen sie nichts bei.

Zum anderen zeigt sich am erwähnten Kurszerfall, welche absurden wirtschaftlichen Risiken die Kantone als Eigner der Verbundunternehmen tragen. So hatte die BKW-Beteiligung

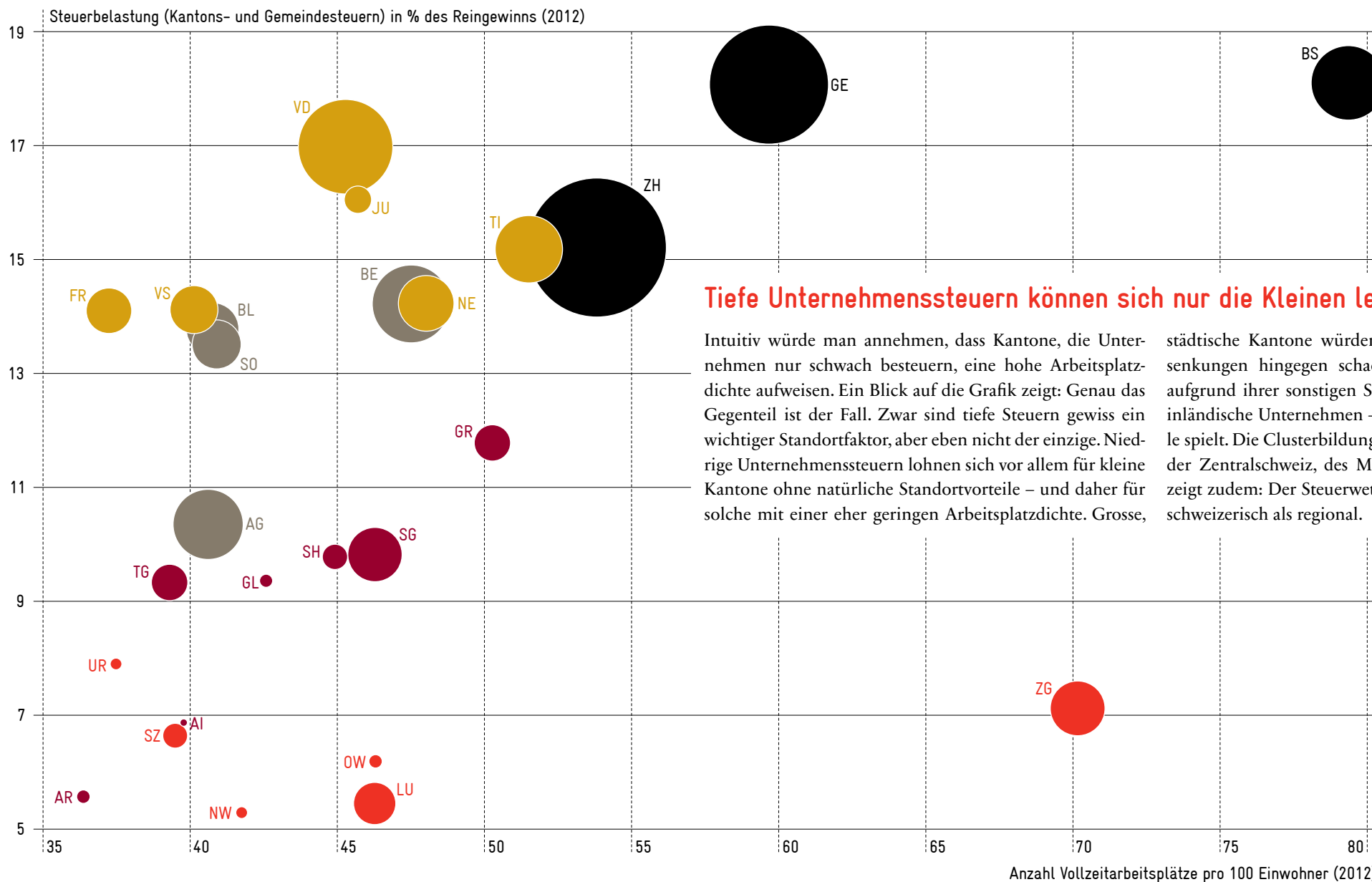
des Kantons Bern von 52,5 % Ende 2007 einen Wert von rund 4 Mrd. Franken, seit 2012 ist dasselbe Aktienpaket noch zwischen 800 Mio. und 1 Mrd. Fr. wert. Dass das nicht zu einem Aufschrei des Entsetzens bei den Steuerzahlern führte, liegt wohl einzig daran, dass die Beteiligung zum Nominalwert von 70 Mio. Fr. in den Büchern steht und der Verlust somit nicht sichtbar ist.

Das Engagement der Kantone ist also ordnungspolitisch fragwürdig und finanziell unsinnig. Private, breit diversifizierte Aktionäre wären die geeigneteren Risikoträger.



April 2016

Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
16	17	18 KW 16	19	20	21	22	23	24	25 KW 17	26	27	28	29	30



Tiefe Unternehmenssteuern können sich nur die Kleinen leisten

Intuitiv würde man annehmen, dass Kantone, die Unternehmen nur schwach besteuern, eine hohe Arbeitsplatzdichte aufweisen. Ein Blick auf die Grafik zeigt: Genau das Gegenteil ist der Fall. Zwar sind tiefe Steuern gewiss ein wichtiger Standortfaktor, aber eben nicht der einzige. Niedrige Unternehmenssteuern lohnen sich vor allem für kleine Kantone ohne natürliche Standortvorteile – und daher für solche mit einer eher geringen Arbeitsplatzdichte. Grosse,

städtische Kantone würden sich durch deutliche Steuererhöhungen hingegen schaden, da die Steuerattraktivität aufgrund ihrer sonstigen Standortvorteile – vor allem für inländische Unternehmen – eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die Clusterbildung von Kantonen der Ostschweiz, der Zentralschweiz, des Mittellands und der Westschweiz zeigt zudem: Der Steuerwettbewerb wirkt weniger gesamtschweizerisch als regional.

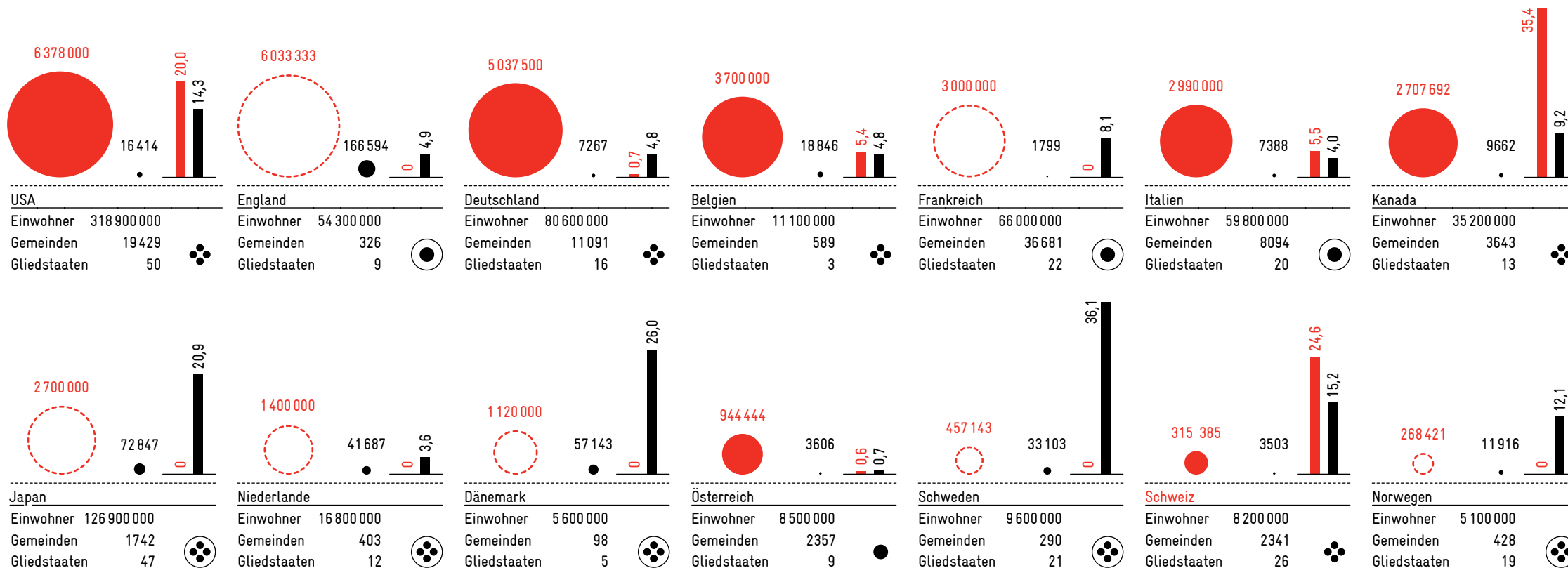
Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung in Fr. (2012)



Mai 2016

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
1	2 KW 18	3	4	5	6	7	8	9 KW 19	10	11	12	13	14	15

- Grundfragen des Liberalismus
- Marktwirtschaft und Ordnungspolitik
- Geld, Konjunktur und Wachstum
- Politisches System und Föderalismus
- Regulierung und Wettbewerb
- Arbeit, Eigentum und Verteilung
- Finanzen und Steuern
- Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Bildung und Forschung
- Energie und Umwelt
- Raumordnung, Boden und Verkehr
- Die Schweiz in der Welt



Grosse (Steuer-)autonomie für kleine Gebietskörperschaften

In keinem anderen Land wird der Föderalismus so konsequent – und vor allem so kleinräumig – gelebt wie in der Schweiz: Die Kantone haben über 24,6% aller fiskalischer Staatseinnahmen (Bund, Kantone, Gemeinden, Sozialversicherungen) volle Gestaltungs- und Verfügungsgewalt, weitere 15,2% liegen direkt im Verantwortungsbereich der Gemeinden. In anderen Ländern mit nennenswerter subnationaler Steuerautonomie umfasst ein durchschnittlicher Gliedstaat

mehrere Millionen Einwohner, in der Schweiz sind es 315 000. Dieser kleinteilige Föderalismus und die Gemeindeautonomie mögen die übergeordnete Planung zuweilen erschweren, den Koordinationsaufwand erhöhen und aus statischer Sicht sogar oft mit Effizienzverlusten verbunden sein. Dynamisch betrachtet überwiegen aber wohl die Vorteile, die sich aus dem Wettbewerb vieler kleiner Gebietskörperschaften, der gleichsam als Experimentierlabor für neue Ideen dient,

ergeben. Dieser zwingt sie zu Effektivität und Effizienz in der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben – ganz anders als Systeme wie beispielsweise das österreichische, wo die Bundesländer vor allem gut darin geübt sind, beim Zentralstaat die Hände aufzuhalten.

- Einwohner pro Gliedstaat
- Einwohner pro Gemeinde
- Steuerautonomie Gliedstaaten (in %)
- Steuerautonomie Gemeinden (in %)
- ⊙ Zentralisierter Einheitsstaat
- ⊗ Dezentralisierter Einheitsstaat
- Zentralisierte Föderation
- ⊕ Dezentralisierte Föderation

Mai 2016

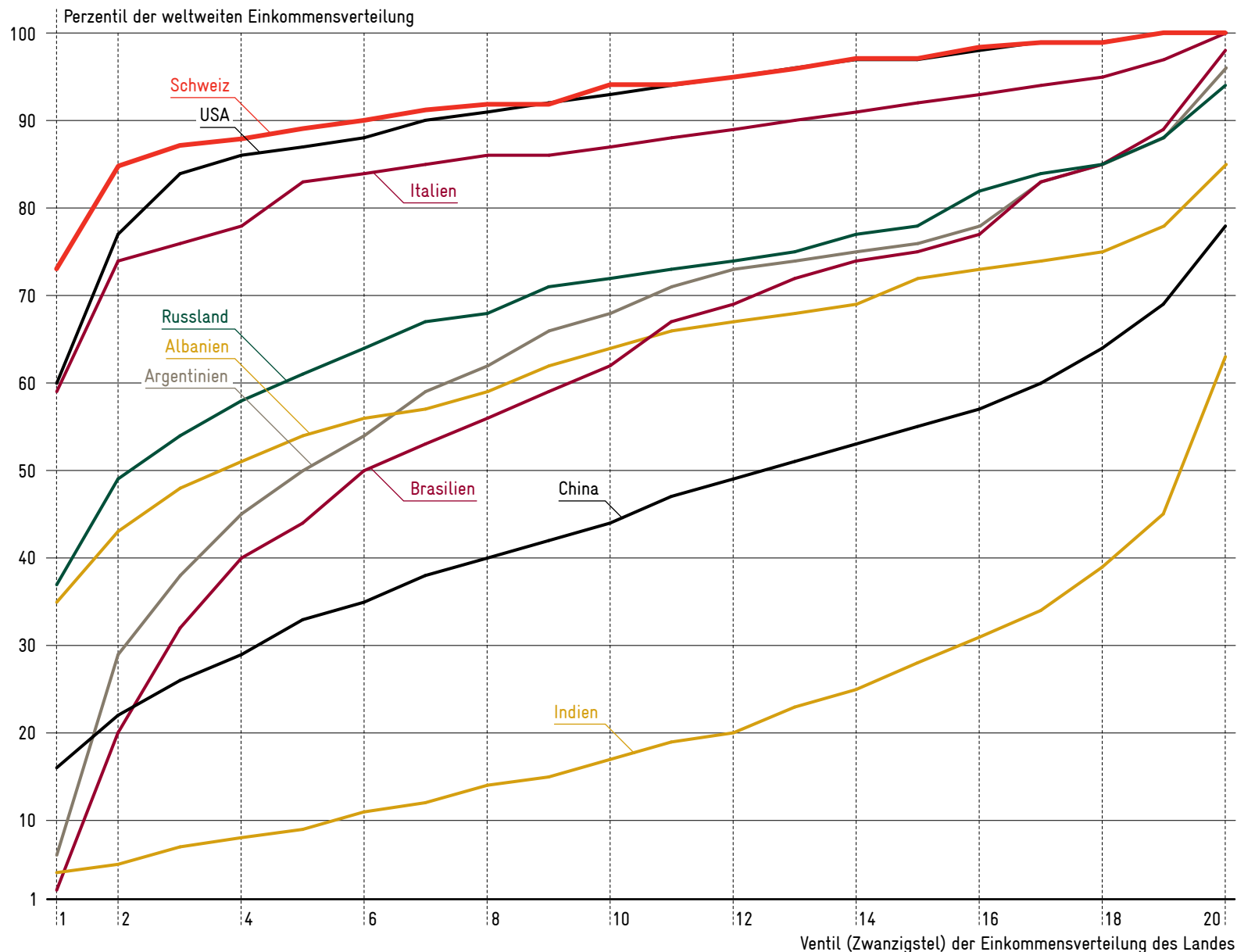
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag
16 KW 20	17	18	19	20	21	22	23 KW 21	24	25	26	27	28	29	30 KW 22	31

Reiche arme Schweizer

Branko Milanovic (ehemals Weltbank, heute Professor in New York) ist ein Spezialist für globale Ungleichheit. Anhand von Einkommens- und Konsumdaten errechnet er für weit über 100 Länder die Verteilung der realen Kaufkraft ihrer Einwohner. Besonders aufschlussreich ist die Einordnung dieser nationalen Einkommensverteilungen in die globale Einkommensverteilung. Die neuesten öffentlich zugänglichen Daten dazu reichen leider nur bis zum Jahr 2005 und sind damit nicht mehr ganz taufrisch, in seinen Grundrissen dürfte das Gesamtbild aber auch heute noch gültig sein.

Die Grafik teilt die Bevölkerung eines Landes aufsteigend in 20 Einkommensgruppen ein. Jedes dieser «Ventile» wird gemäss seiner durchschnittlichen realen Kaufkraft einer der 100 Klassen (Perzentile) der weltweiten Einkommensverteilung zugeordnet. Anhand dieser Darstellung ist z.B. die extreme Ungleichverteilung der Einkommen in Brasilien erkennbar: Die ärmsten dort sind ärmer als die ärmsten Chinesen, das reichste Zwanzigstel gehört hingegen weltweit zum drittreichsten Prozent. Oder die USA vs. Indien: 2005 hatte das einkommensschwächste amerikanische Zwanzigstel fast dieselbe Kaufkraft wie das reichste indische Zwanzigstel (unterdessen dürfte Indien etwas aufgestiegen sein).

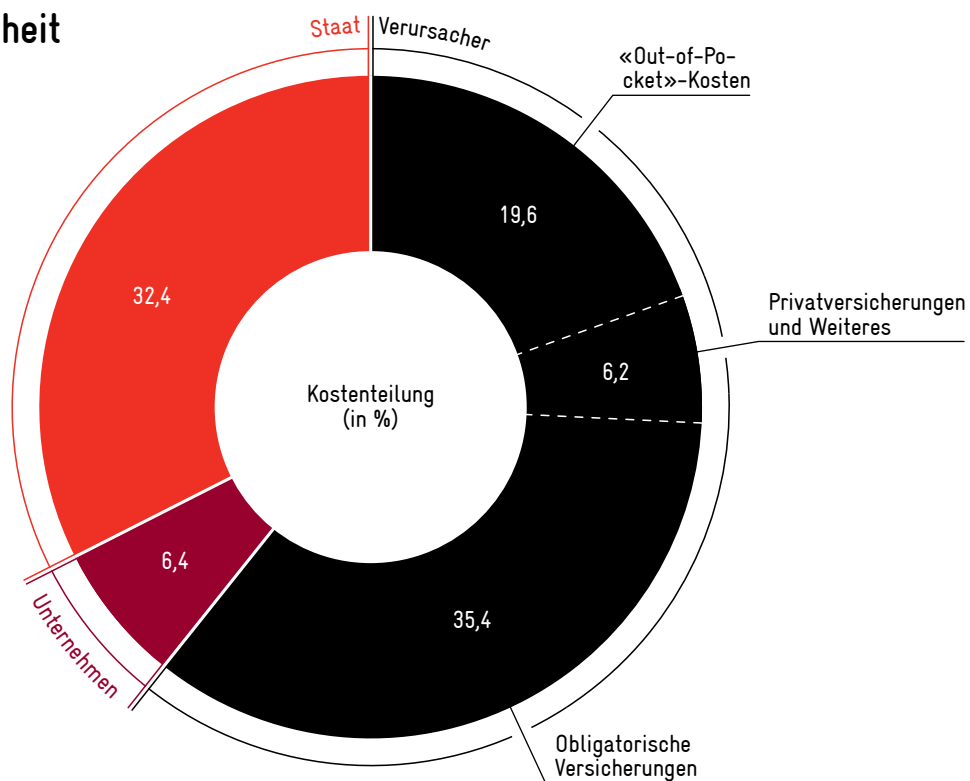
Die Kurve der Schweizer Einkommensverteilung ist in der reicheren Hälfte praktisch deckungsgleich mit der amerikanischen. Die zwei reichsten Zwanzigstel gehören beide zum weltweit reichsten Prozent. Doch die Einkommen sind in der Schweiz gleicher verteilt: Das ärmste Zwanzigstel ist immer noch reicher als knapp drei Viertel der Weltbevölkerung! Auch die ärmsten Schweizer gehören also global gesehen zu den Reichen. Ein Glückspilz, wer in diesem Land geboren wurde.



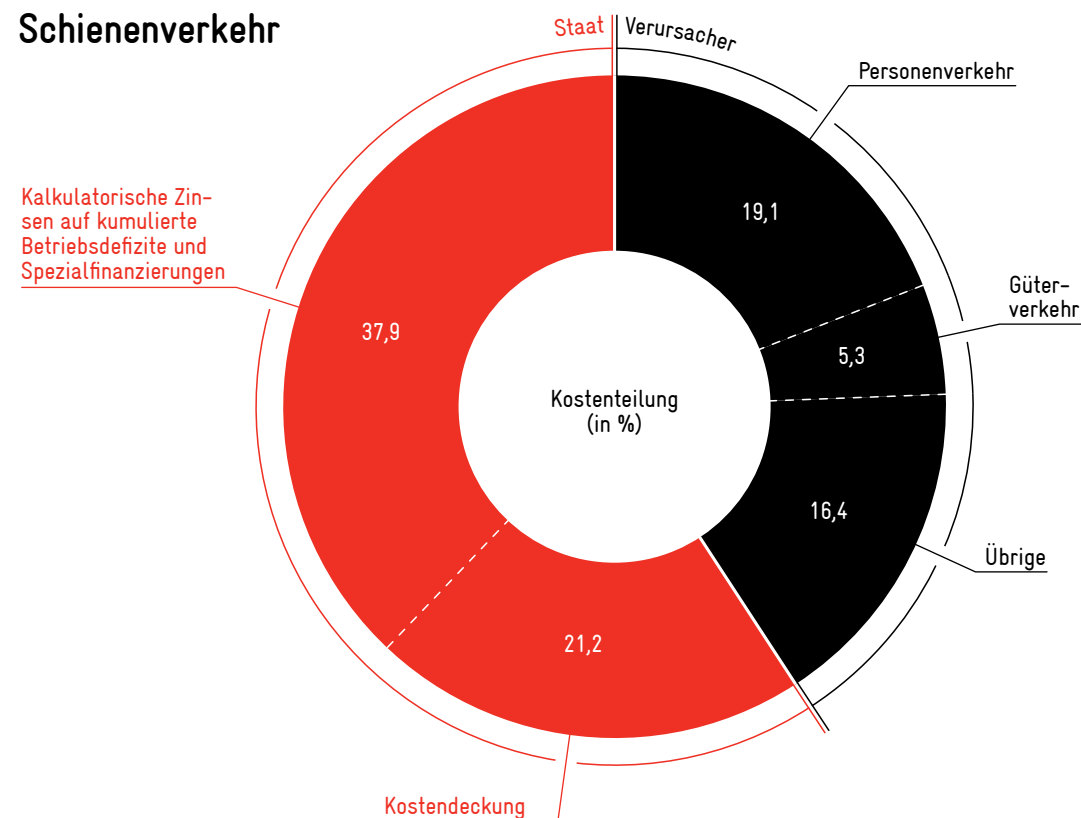
Juni 2016

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
1	2	3	4	5	6 KW 23	7	8	9	10	11	12	13 KW 24	14	15

Gesundheit



Schieneverkehr



Schieneverkehr mit höherer Subventionsquote als die Gesundheit

Die Liebe der Schweizer zum ÖV treibt seltsame Blüten. Er wird vom Staat bzw. von dessen Steuerzahlern nämlich stärker unterstützt als die Gesundheit. Das zeigt ein Vergleich der Kostendeckungsstruktur beider Branchen. Im Gesundheitswesen beträgt die staatliche Subventionsquote 32,4%. Von den durch die privaten Haushalte getragenen Kosten werden ca. 30% direkt und ad hoc von den Patienten beglichen («Out-of-Pocket»-Kosten), der Rest wird über Versicherungen abgewickelt. 6,4% der Gesamtkosten werden von

den Unternehmen getragen (Unfallversicherung, AHV/IV). Im Schienenverkehr liegt die Subventionsquote sogar bei 34,2%. Und auch das nur bei gutem Willen, denn dieser Wert berücksichtigt nicht die hypothetischen Zinsen, die ein privates Unternehmen an gleicher Stelle auf die durch die fortlaufenden betrieblichen Defizite angehäuften Verschuldung entrichten müsste. In der vom Bund selbst erstellten volkswirtschaftlichen Rechnung beläuft sich die Subventionsquote deshalb sogar auf 59%.

Doch sogar von den nicht-staatlichen Einnahmen der Eisenbahnunternehmen resultieren 40% gar nicht aus eigentlichen Verkehrserträgen, sondern z.B. aus der Verpachtung von Grundstücken, der Vermietung von Immobilien, aus Beteiligungserträgen oder aus Vergütungen für privat erbrachte Leistungen. Über Ticketpreise und Abonnements wird also nur ein sehr kleiner Teil des gesamten Aufwands im Schienenverkehr abgegolten.

Juni 2016

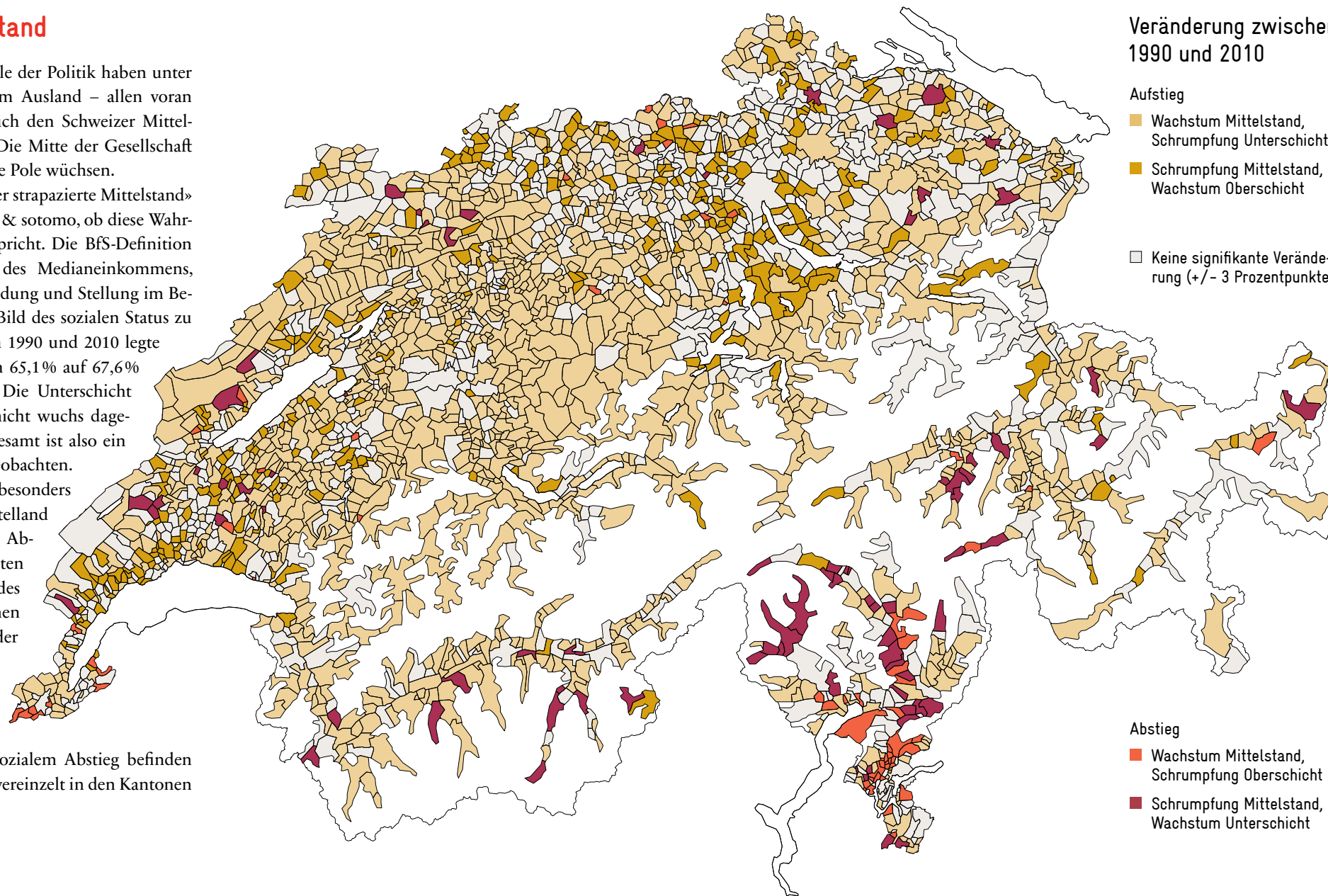
Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
16	17	18	19	20 KW 25	21	22	23	24	25	26	27 KW 26	28	29	30

Gewachsener Mittelstand

Die Mainstream-Medien und Teile der Politik haben unter dem Eindruck der Diagnosen im Ausland – allen voran im angelsächsischen Raum – auch den Schweizer Mittelstand zur Problemzone erklärt. Die Mitte der Gesellschaft schrumpfte auch hier, während die Pole wüchsen.

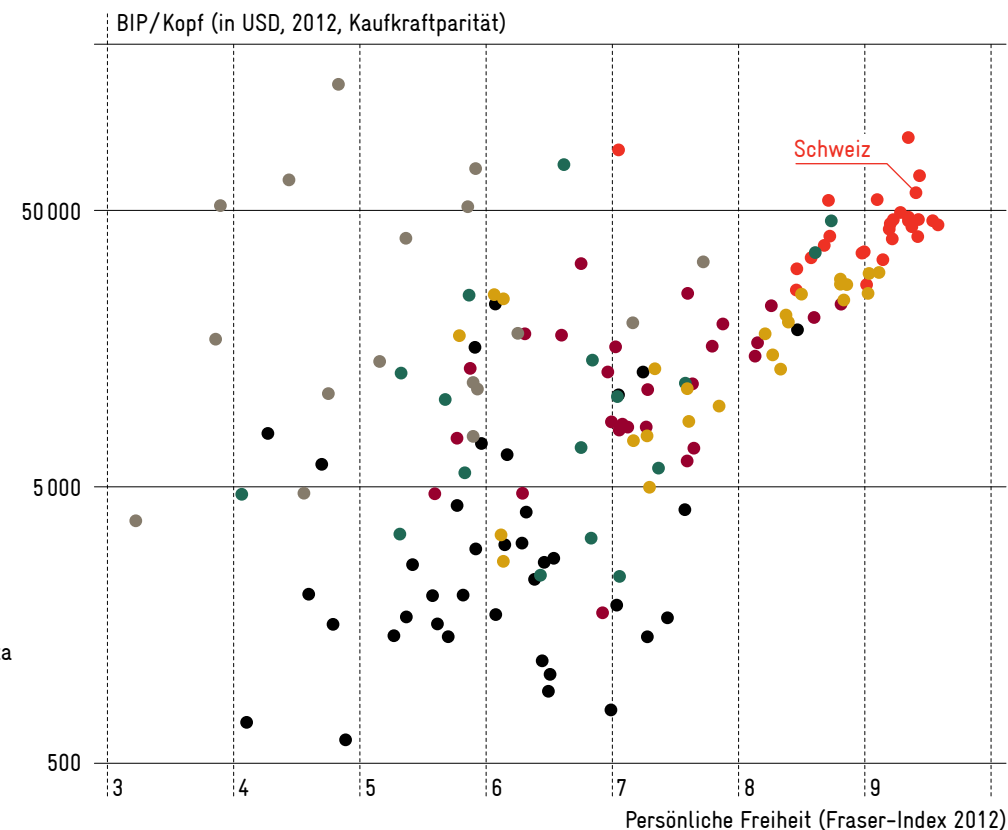
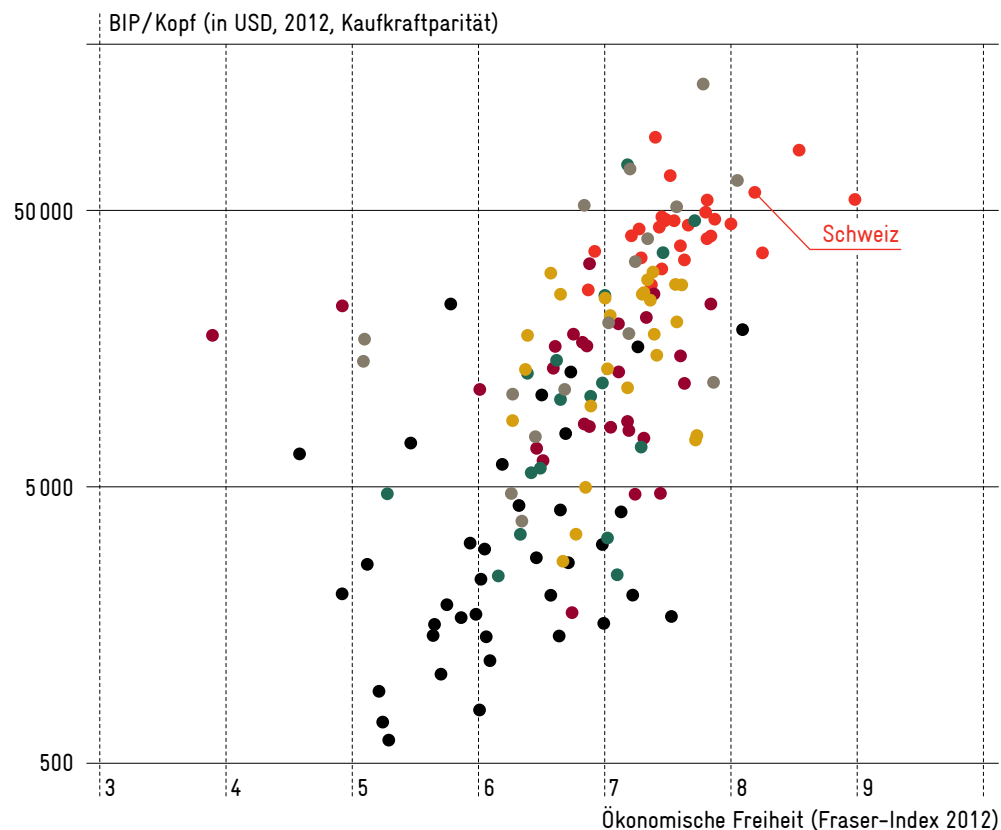
Für das Avenir-Suisse-Buch «Der strapazierte Mittelstand» untersuchten Fahrländer Partner & sotomo, ob diese Wahrnehmung der Wirklichkeit entspricht. Die BfS-Definition für «Mittelstand», 70%–150% des Medianeinkommens, wurde dafür um die Faktoren Bildung und Stellung im Beruf erweitert, um ein generelles Bild des sozialen Status zu erhalten. Das Resultat: Zwischen 1990 und 2010 legte der Mittelstand sogar leicht (von 65,1% auf 67,6% der gesamten Bevölkerung) zu. Die Unterschicht schrumpfte um 7,3, die Oberschicht wuchs dagegen um 4,8 Prozentpunkte. Insgesamt ist also ein deutlicher sozialer Aufstieg zu beobachten.

Die meisten Teile des Landes, besonders flächendeckend das Berner Mittelland und der Jura, waren von einer Abnahme der Unterschicht zugunsten eines Wachstums des Mittelstandes geprägt, in den Agglomerationen Zürich und Basel sowie in der Waadt dominierte in zahlreichen Gemeinden der Aufstieg vom Mittelstand in die Oberschicht. Die wenigen Gemeinden mit signifikantem sozialem Abstieg befinden sich mehrheitlich im Tessin und vereinzelt in den Kantonen Graubünden und Wallis.



Juli 2016

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
1	2	3	4 KW 27	5	6	7	8	9	10	11 KW 28	12	13	14	15



Freiheit und Wohlstand bedingen sich gegenseitig

Das Fraser Institute (Vancouver) und das Cato Institute (Washington) ermitteln zusammen jährlich die Freiheit in den Staaten dieser Welt. Unterschieden wird zwischen ökonomischen Freiheiten (Staatsapparat, Eigentumsrechte, Währungspolitik, Handelsfreiheiten, Regulierung) und persönlichen Freiheiten (Rule of Law, Sicherheit, Bewegungs-, Versammlungs-, Organisations-, Meinungs- und Pressefreiheit, Religion). Zwischen der Freiheit und dem Wohlstand

eines Landes eine positive Korrelation anzunehmen, ist kaum vermessen, wobei die Kausalität wohl in beide Richtungen geht: In freien Ländern sind die Entwicklungsmöglichkeiten ungleich grösser als in unfreien; wiederum führt Wohlstand tendenziell zu einer vermehrten Einforderung und einfacheren Garantie von Freiheitsrechten.

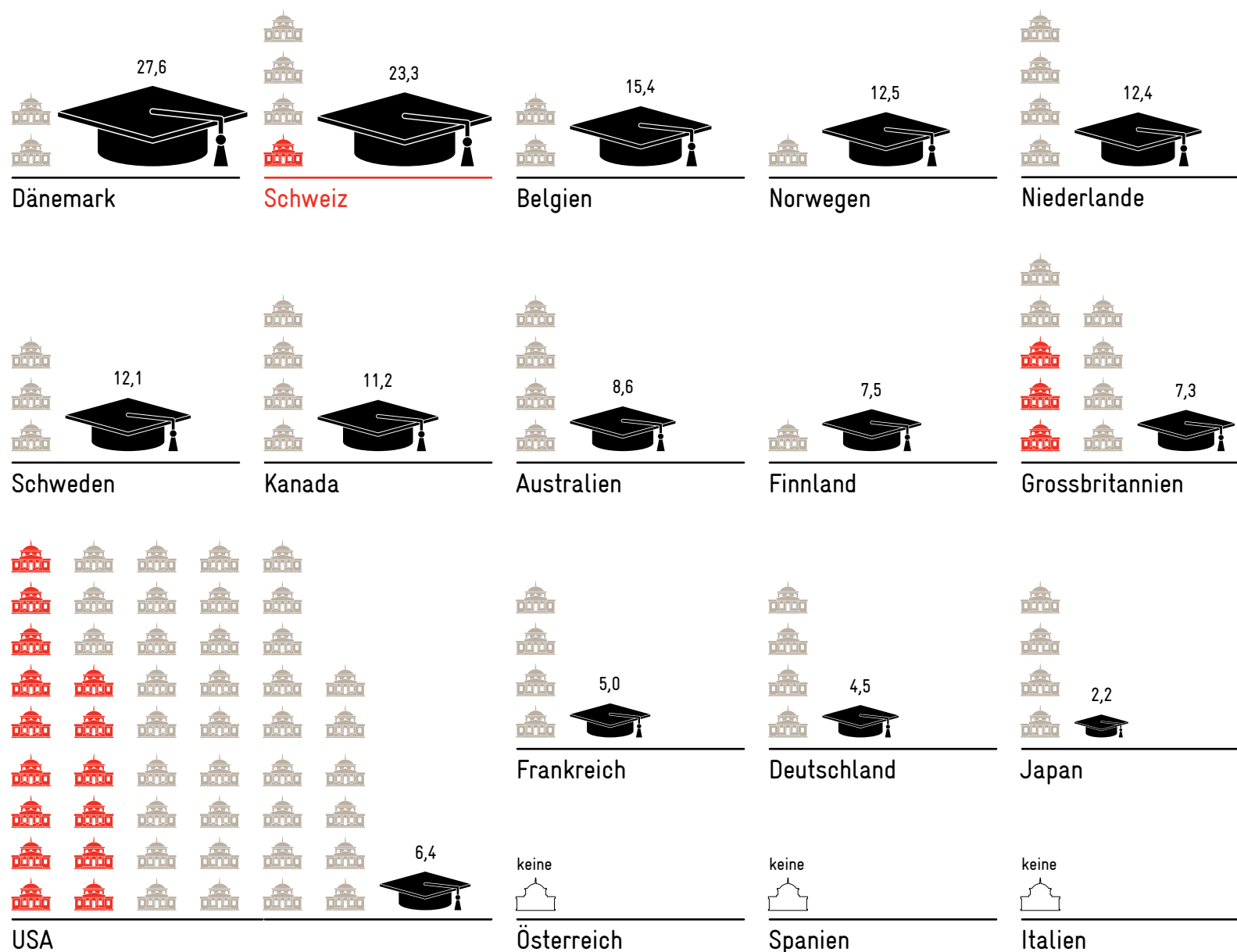
Die suggerierte Korrelation zeigt sich in beiden Grafiken, und doch gibt es klare Unterschiede: Zur ökonomischen

Freiheit ist sie durchgehend zu erkennen, wenn auch die Streuung einigermaßen gross ist. Bei der persönlichen Freiheit ist hingegen bis zu einem Index-Wert von 7,5 (von 10) kein Zusammenhang mit dem pro-Kopf-BIP erkennbar, während er ab diesem Wert dann plötzlich umso strikter ausfällt. Eine geringe persönliche Freiheit aber hohen Wohlstand weisen in erster Linie die Erdölstaaten des Nahen Ostens auf.

Juli 2016

Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
16	17	18 KW 29	19	20	21	22	23	24	25 KW 30	26	27	28	29	30	31

- Grundfragen des Liberalismus
- Marktwirtschaft und Ordnungspolitik
- Geld, Konjunktur und Wachstum
- Politisches System und Föderalismus
- Regulierung und Wettbewerb
- Arbeit, Eigentum und Verteilung
- Finanzen und Steuern
- Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Bildung und Forschung**
- Energie und Umwelt
- Raumordnung, Boden und Verkehr
- Die Schweiz in der Welt



Hohes tertiäres Bildungsniveau in der Schweiz

Als Schweizer schaut man manchmal etwas neidisch in die USA und nach England mit ihren Top Unis – Harvard, Yale, MIT, Cambridge, und wie sie alle heissen. In der Tat befinden sich im Shanghai-Ranking von den besten 20 Universitäten 16 in den USA und drei in England. Weitert man diese Bestenliste aber auf die Top-100 aus und setzt man das Angebot ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Studenten, so zeigt sich schnell: Das tertiäre Bildungsangebot ist in der Schweiz extrem gut: Fast ein Viertel aller Studenten (Fachhochschulen inklusive!) lässt sich hier an einer der vier Top-100-Unis ausbilden – und das praktisch gratis, also auf Kosten der Steuerzahler. Die ETH wird gar sowohl im Shanghai- (Platz 20) als auch im QS-Ranking (Platz 9) als beste kontinentaleuropäische Hochschule geführt. Trotz 51 (meist teuer bezahlten) Universitäten in den Top-100 fällt das Niveau in den USA vergleichsweise bescheiden aus: Nur 6,4% der Studenten lernen an einer dieser Unis. In einem ähnlichen Verhältnis stehen die neun britischen Top-100-Unis zur gesamten Studentenschaft des Landes. Düster sieht es in Italien und Spanien aus: Beide Länder schaffen es für ihre 60 bzw. 47 Mio. Einwohner nicht, auch nur eine einzige Top-100-Uni auf die Beine zu stellen. Auch Österreich schafft es trotz kultureicher Hauptstadt mit 1,75 Mio. Einwohnern nicht in die Top 100.

- Anzahl Universitäten in den Top 100 (Shanghai Ranking)
- Anzahl Universitäten in den Top 20
- Studenten an Top-100-Uni/Studenten total (in %)

August 2016

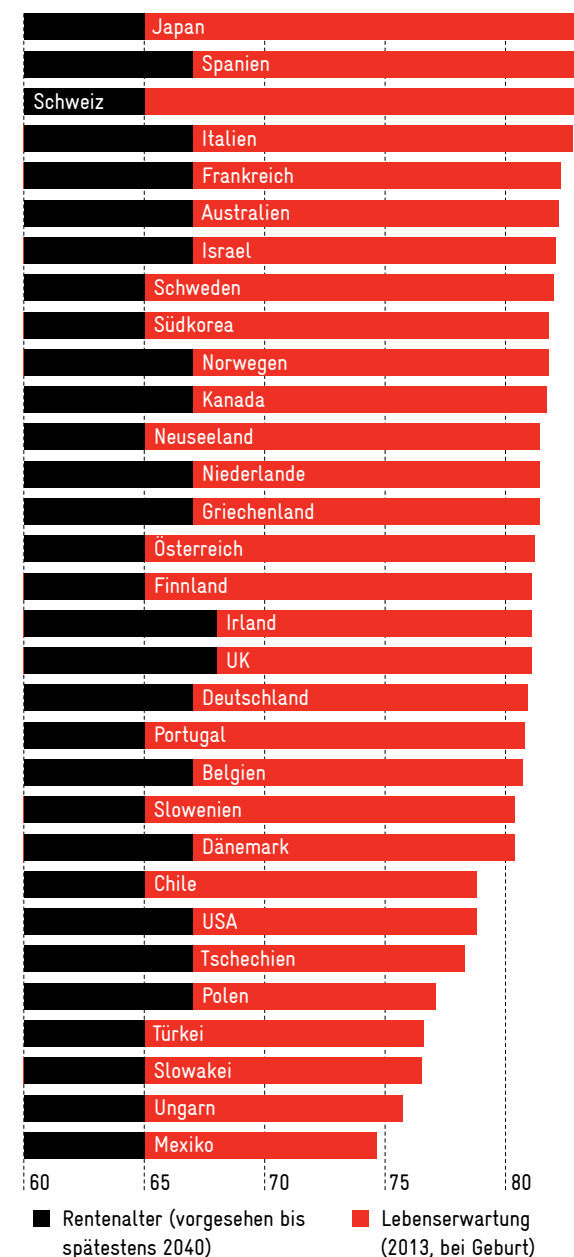
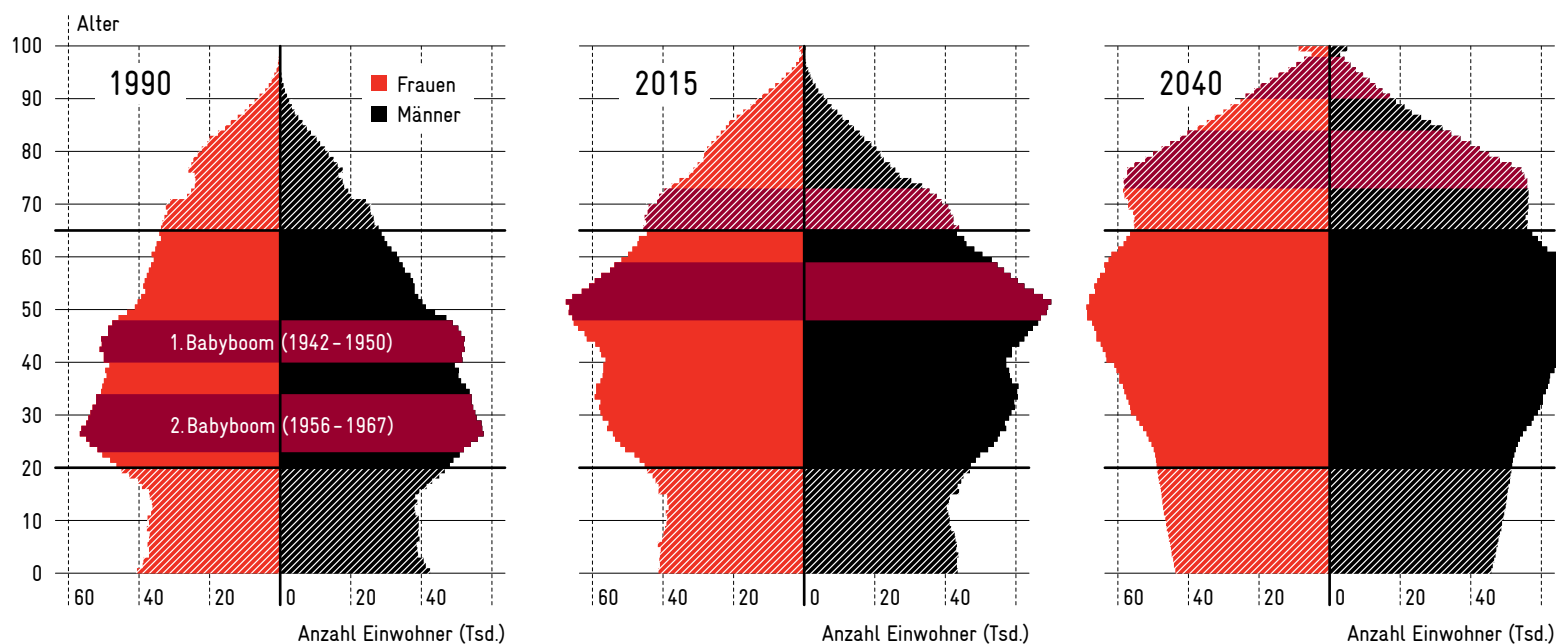
Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
1 KW 31	2	3	4	5	6	7	8 KW 32	9	10	11	12	13	14	15 KW 33

Tiefes Rentenalter trotz hoher Lebenserwartung

Aus der Schweizer Bevölkerungspyramide wird eine Urne. 1990 waren die beiden Babyboomer-Generationen im besten erwerbsfähigen Alter, unterdessen ist die ältere pensioniert und hat zu ersten Defiziten in der AHV-Rechnung geführt, und die jüngere ist auch schon in ihren 50ern. Der vorläufige Höhepunkt der Pensionierungswelle wird demnach ab 2025 zu verkraften sein. Ein Blick in die noch fernere Zukunft zeigt aber, dass damit die Sache noch nicht ausgestanden sein wird: Gemäss aktuellem Bevölkerungsszenario des Bundesamtes für Statistik wird sich 2040 durch die nur langsam abnehmende Zuwanderung ein weiterer «Buckel» bei den 50-Jährigen gebildet haben, der auf die Pensionierung zusteuert. Das sind die heutigen und

künftigen Immigranten, die derzeit helfen, die Altersvorsorge etwas länger im Lot zu halten, als noch um die Jahrtausendwende prognostiziert wurde.

Wie viele Erwerbstätige einen Pensionierten «ernähren» müssen, ist aber natürlich nicht nur von der Grösse der Jahrgänge abhängig, sondern auch von ihrer Sterblichkeit. Die Schweiz hat von allen OECD-Staaten die dritthöchste Lebenserwartung. Trotzdem ist von einem Beschluss, das Rentenalter über 65 Jahre zu erhöhen, nichts in Sicht. Noch dünner ist die Luft diesbezüglich nur in Japan. Viele andere Staaten haben dagegen schon Rentenalter 67 oder gar 68 beschlossen, obwohl die Lebenserwartung ihrer Einwohner deutlich geringer ist als die schweizerische.



August 2016

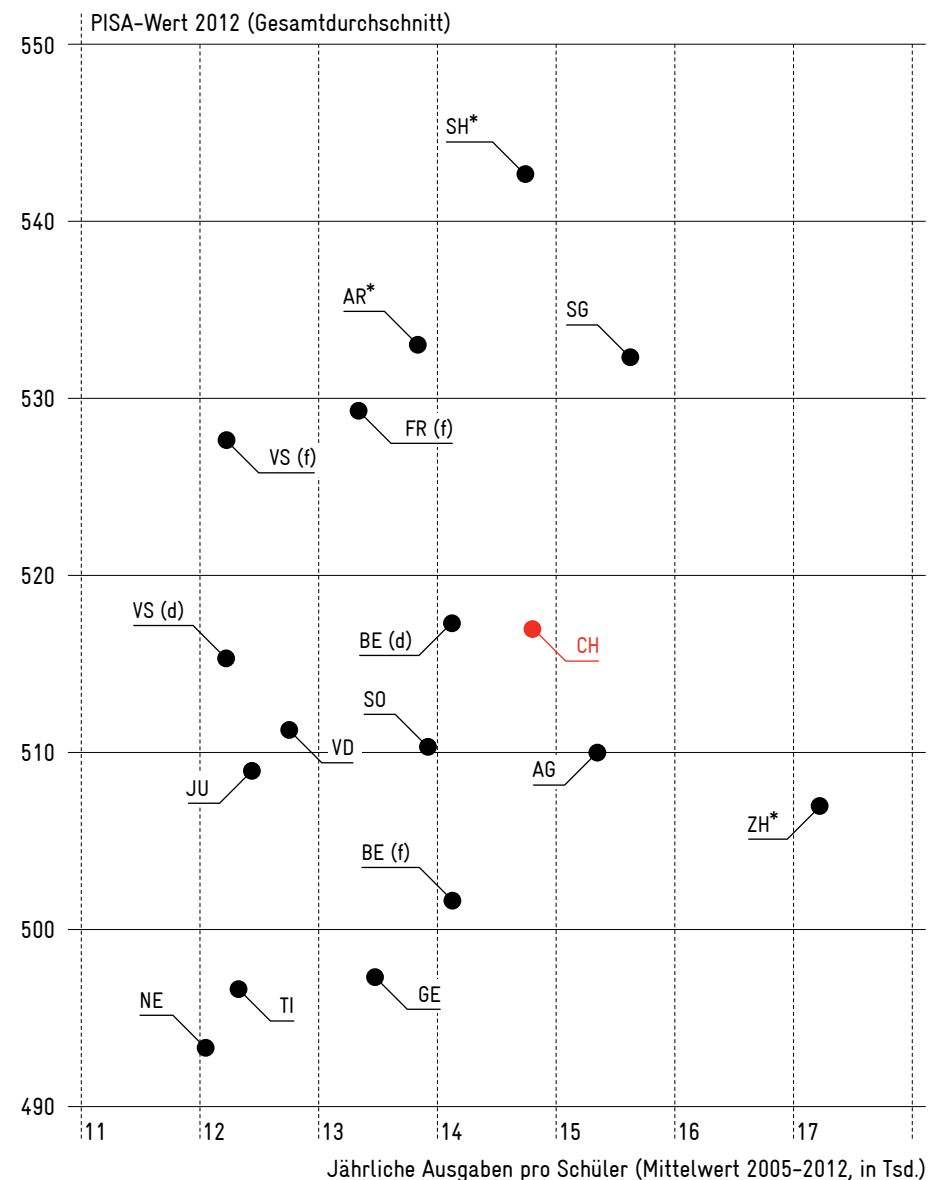
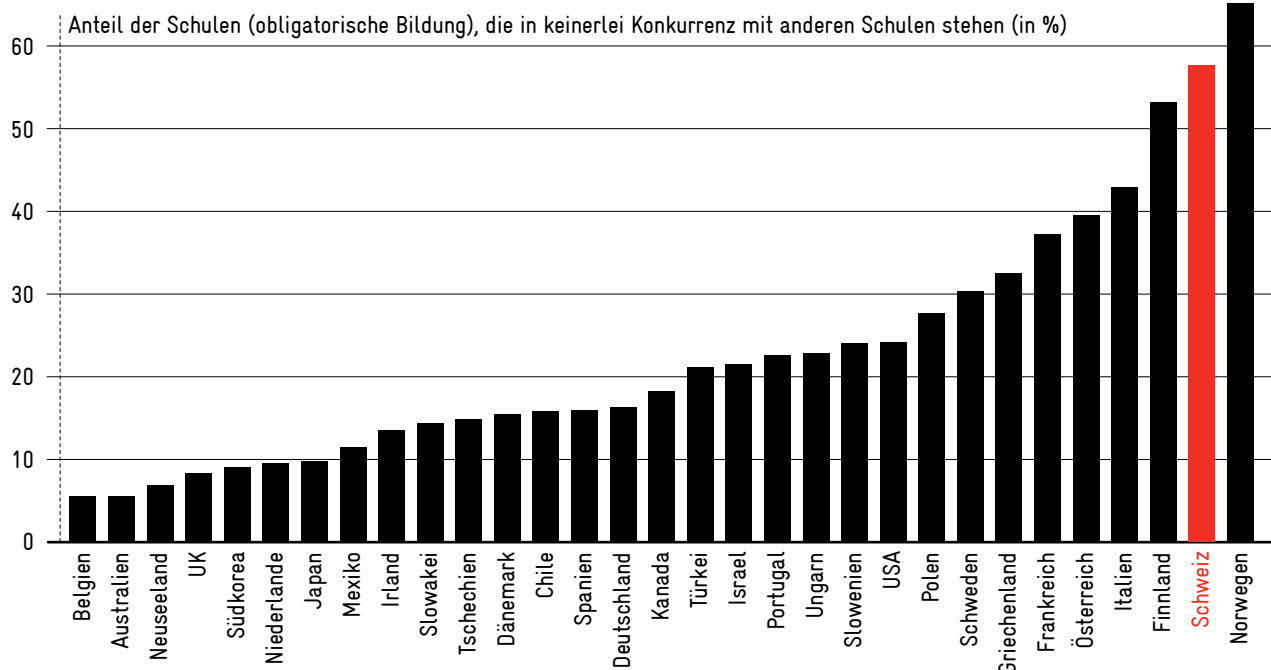
Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
16	17	18	19	20	21	22 KW 34	23	24	25	26	27	28	29 KW 35	30	31

Kaum Wettbewerb in der obligatorischen Schule

Das Schweizer Bildungswesen ist zwar gut, es könnte aber effizienter sein. Das lässt die Grafik rechts vermuten. Sie stellt die PISA-Ergebnisse in einigen Kantonen deren Ausgaben pro Schüler (obligatorische Bildung) gegenüber. Man sieht, dass man nichts sieht: Ein Zusammenhang zwischen den beiden Grössen ist nicht erkennbar und auch dann nicht statistisch nachweisbar, wenn z.B. der Ausländeranteil berücksichtigt wird. Folglich werden die Bildungsfranken in den Kantonen unterschiedlich produktiv eingesetzt.

Der Schlüssel für eine Freisetzung der brachliegenden Potenziale hiesse mehr Wettbewerb durch eine Liberalisierung

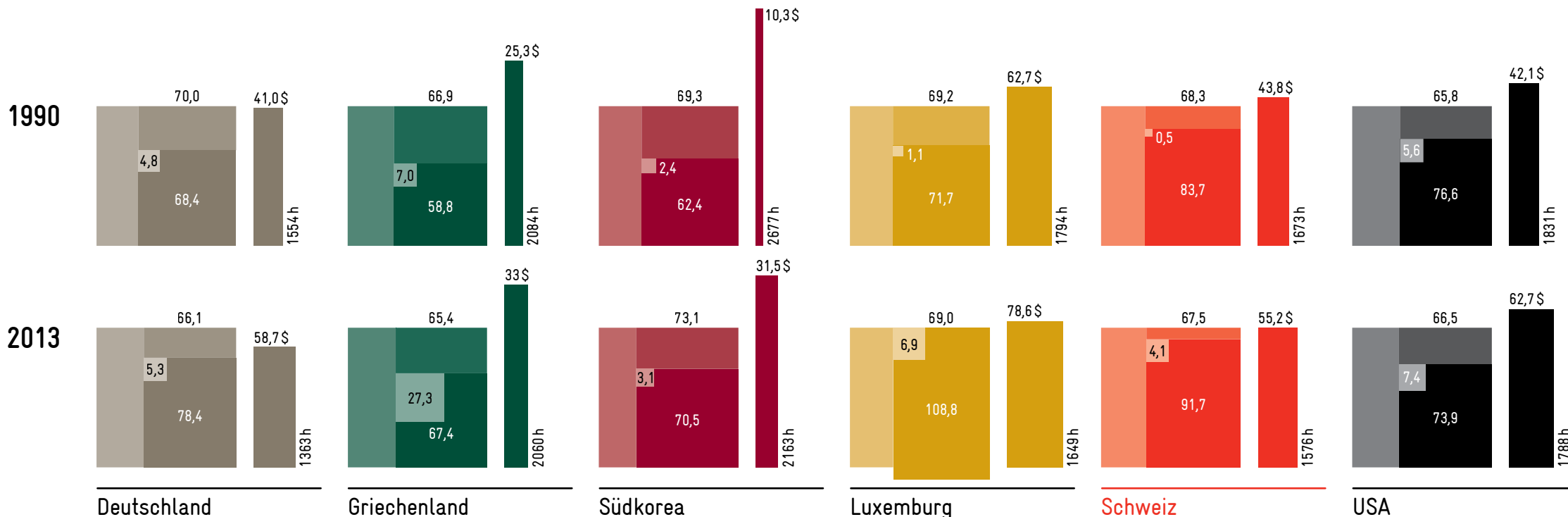
der Schulwahl. Doch bei der Wahlfreiheit in der obligatorischen Bildung steht die Schweiz im internationalen Vergleich sehr schlecht da. In kaum einem OECD-Land sind die Alternativen zur vorgesehenen Schule im Dorf oder im Quartier so bescheiden wie in der Schweiz. 58% aller Schüler werden in Schulen ausgebildet, die mit keinerlei Konkurrenz konfrontiert sind. Wettbewerb und einer höhere Gestaltungsautonomie würden dem Lehrerberuf mehr Handlungsräume eröffnen, was nicht zuletzt dessen angeschlagenem Prestige zugutekäme.



* PISA-Wert von 2009

September 2016

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
1	2	3	4	5 KW 36	6	7	8	9	10	11	12 KW 37	13	14	15

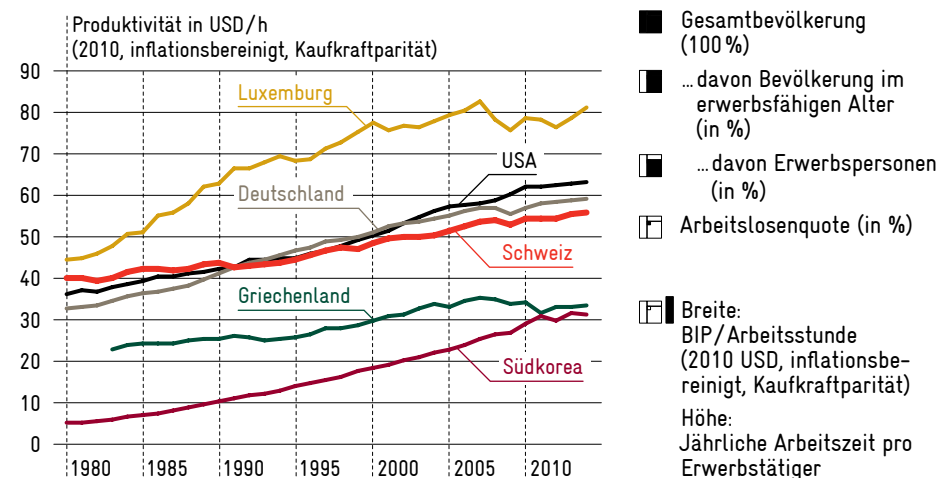


Guter Arbeitsmarkt als Hauptstärke der Schweiz

Mit welchen Faktoren lässt sich der Schweizer Wohlstand erklären? Wohlstand, das ist Wertschöpfung pro Einwohner. Diese hängt erst einmal natürlich von der Produktivität der Erwerbstätigen (Wertschöpfung pro Arbeitsstunde) und von deren Arbeitszeit ab. Zweitens spielt aber auch eine entscheidende Rolle, welcher Anteil der Einwohner überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgeht – was wiederum (wie in den Quadraten dargestellt) von der demografischen Struktur, von der Arbeitsmarktpartizipation und von der Arbeitslosenquote abhängt.

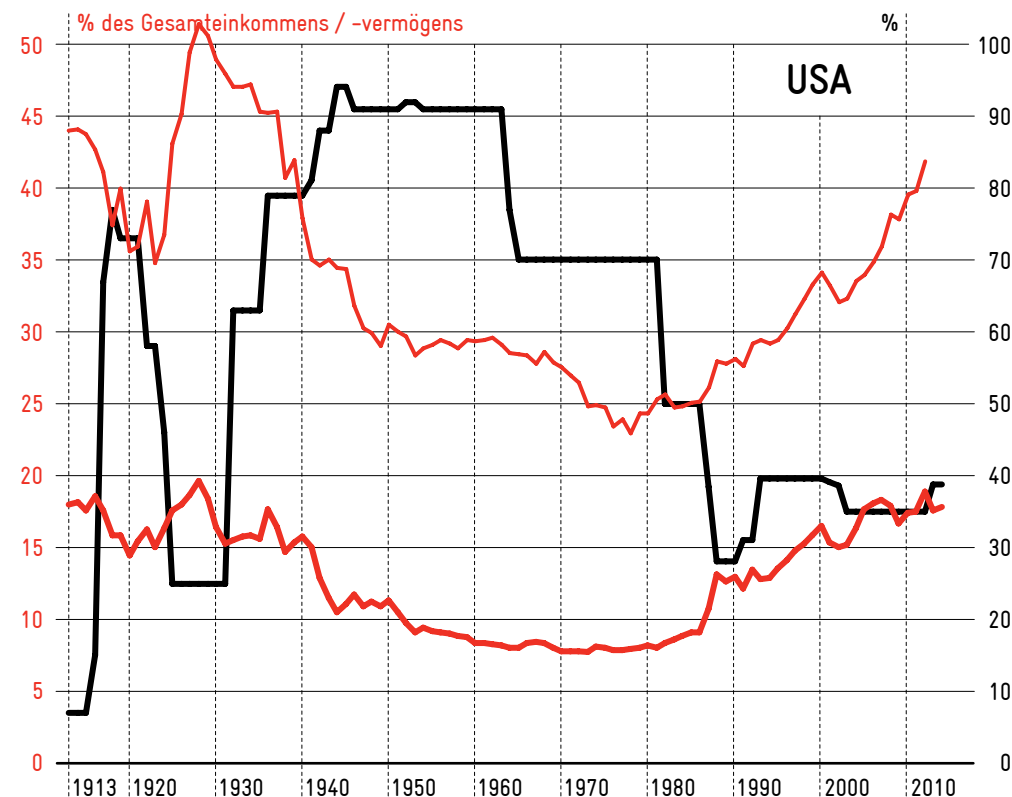
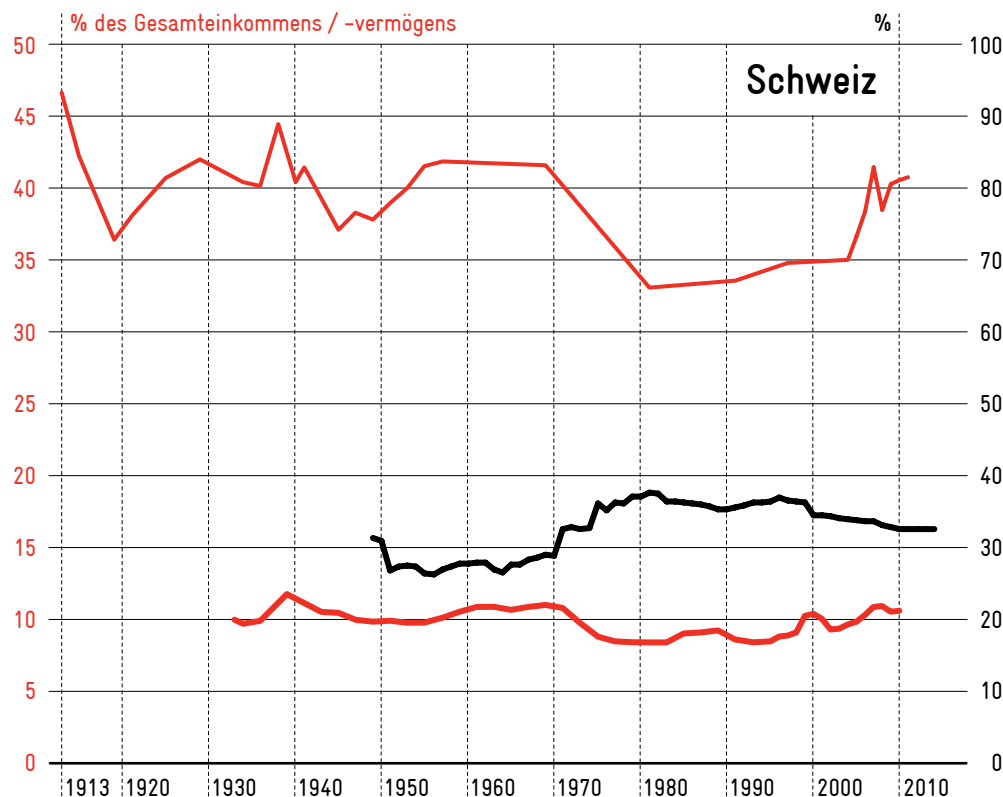
Die Schweiz glänzt vor allem in den letzten beiden Punkten, was sie ihrem (noch) verhältnismässig flexiblen

Arbeitsmarkt zu verdanken hat. Besonders fleissig ist der durchschnittliche Arbeitnehmer in der Schweiz indes nicht: die Griechen und die Amerikaner arbeiten z.B. deutlich länger. Beim Produktivitätswachstum steht die Schweiz eher schlecht da, was aber wenigstens zum Teil mit der umfassenden Arbeitsmarktintegration (auch die nicht ganz so Produktiven finden einen Job) erklärt werden kann. In Griechenland kann hingegen nur jeder dritte Einwohner einer Erwerbsarbeit nachgehen – und muss somit die anderen zwei Drittel durchfüttern.



September 2016

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
16	17	18	19 KW 38	20	21	22	23	24	25	26 KW 39	27	28	29	30



Stabile Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Schweiz

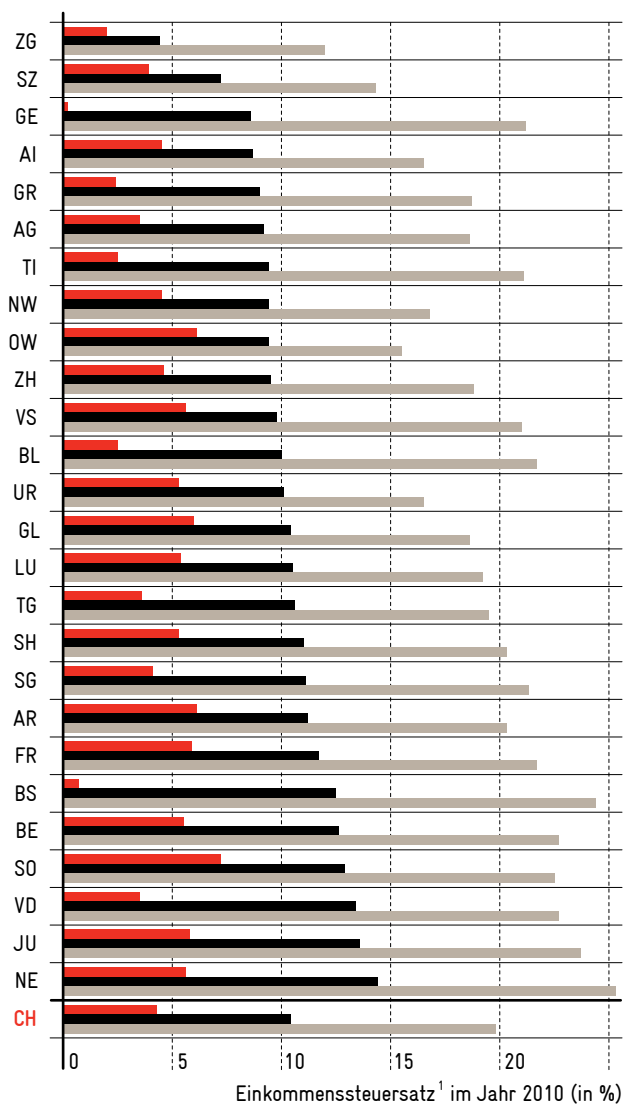
Während das produktivste Prozent der Amerikaner in den Roaring Twenties bis zu 19% des Gesamteinkommens (also das 19-fache des Durchschnitts) verdiente, sank dieser Anteil in den 1960er-Jahren auf 8%, um ab den 1980ern bis heute wieder auf 18% zu steigen. Eine parallele Entwicklung ist bei den Top-1%-Vermögen zu beobachten. Hauptursache für diese Veränderungen waren die mal konfiskatorisch hohen, mal verhältnismässig niedrigen Grenzsteuersätze auf Spitzeneinkommen.

Der (negative) Zusammenhang zwischen Spitzengrenzsteuersatz und Spitzeneinkommen ist auch hierzulande ansatzweise zu sehen, doch verglichen mit den USA ist die Schweiz ein Hort der Stabilität: Die Einkommen des obersten Prozents aggregierten sich immer auf zwischen 8,5% und 11% der gesamten Einkommen, bei den Vermögen reicht die Spannweite von 33% bis 47%. Der während einiger Jahre vor der Finanzkrise beobachtbare Konzentrationsprozess bei den Vermögen relativiert sich im grösseren zeitlichen

Kontext. Angesichts der Einführung und des Ausbaus der staatlich geregelten Altersvorsorge ist es sogar erstaunlich, dass die Vermögensungleichheit gegenüber den 1950er-Jahren nicht gestiegen ist: Für weite Teile des Mittelstandes wurde dadurch nämlich der Anreiz eliminiert, über die (in der Vermögensstatistik nicht sichtbaren) Versprechungen der Altersvorsorge hinaus versteuerbares (und damit sichtbares) Vermögen anzusparen.

Oktober 2016

Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
1	2	3 KW 40	4	5	6	7	8	9	10 KW 41	11	12	13	14	15



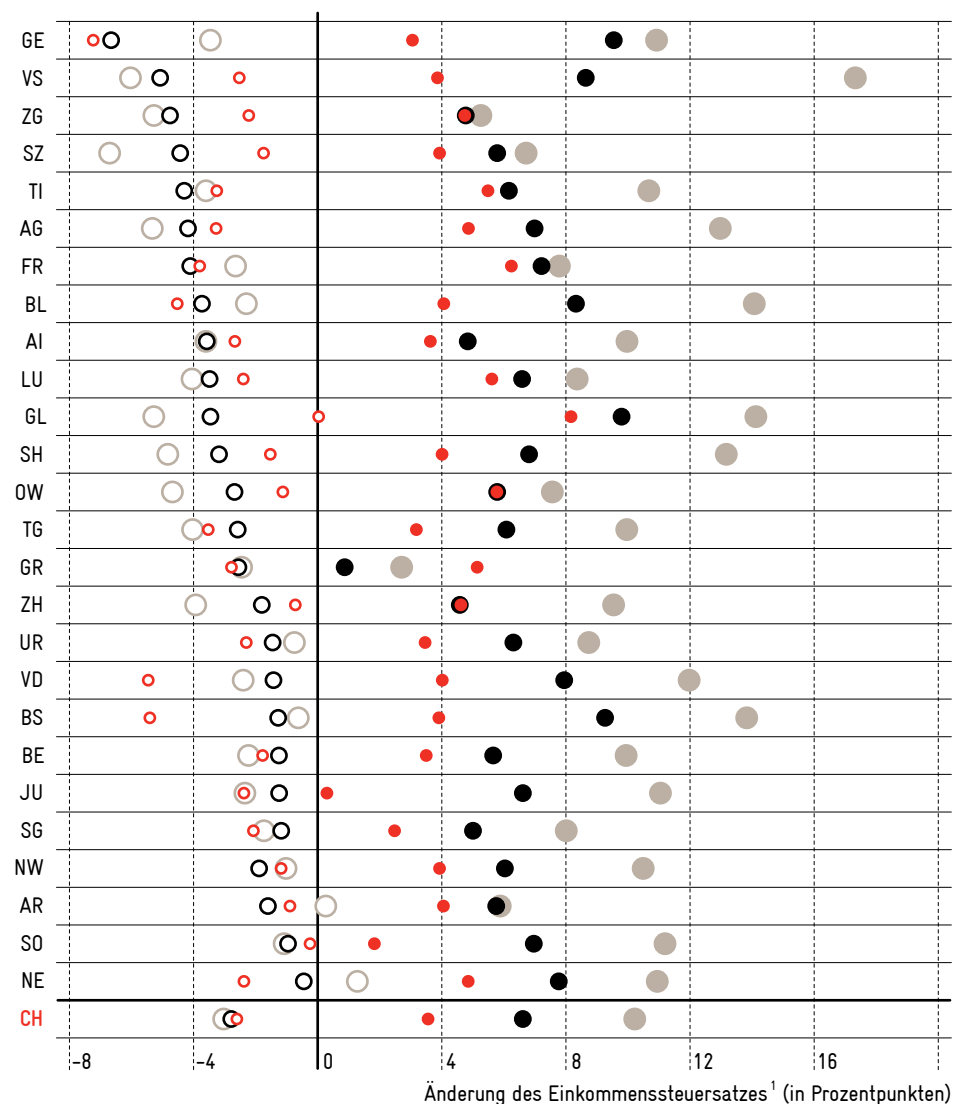
Auf und ab bei der Einkommenssteuer

Die Geschichte der Einkommenssteuer der letzten 60 Jahre lässt sich in zwei Phasen einteilen: Von 1950 bis 1980 stiegen die Steuersätze deutlich, von 1980 bis 2010 sanken sie – wenn auch nicht so stark, wie sie vorher gestiegen waren. Die Zunahme der Steuerbelastung zwischen 1950 und 1980 erfolgte nicht gleichmässig: In den meisten Kantonen war sie für die obersten Einkommen deutlich stärker als für die mittleren und noch stärker als für die niedrigen Einkommen. Ausser im Kanton Graubünden wurde das Steuersystem somit in allen Kantonen progressiver.

Das Bild ab 1980 ist weniger einheitlich: Zwar senkten alle Kantone die Belastung des Mittelstandes (wenn auch teilweise nur minim), in der Verteilungsfrage sind aber unterschiedliche Entwicklungen beobachtbar:

Hochsteuernkantone wie z.B. Genf, Basel-Stadt und die Waadt zeigten sich bei den tieferen Einkommen besonders grosszügig, was die Progression weiter verschärfte. In den ersten beiden ist das unterste Einkommensquintil heute praktisch von den Steuern befreit. Die Wahrung des Steuersubstrats erfolgt in diesen drei Kantonen über die Schaffung günstiger Konditionen für ausländische Unternehmen und über die Pauschalbesteuerung vermögender Privatpersonen.

In einigen anderen Kantonen (v.a. GL, SZ, VS, ZG, OW, SH, ZH) zielten die Steuersenkungen hingegen auf die mittleren und höheren Einkommen. Doch nur in Zug und Schwyz vermochten die Steuerentlastungen die frühere Zunahme wettzumachen.



- Unterstes Einkommensquintil (unterste 20 Einkommensprozent)
- Mittleres Einkommensquintil (mittlere 20 Einkommensprozent)
- Oberstes Einkommensquintil (obere 20 Einkommensprozent)

- ○ Unterstes Einkommensquintil 1950-1980 / 1980-2010
 - ○ Mittleres Einkommensquintil 1950-1980 / 1980-2010
 - ○ Oberstes Einkommensquintil 1950-1980 / 1980-2010
- ¹ Bund, Kanton, Gemeinden; für einen Verheirateten ohne Kinder

Oktober 2016

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
16	17 KW 42	18	19	20	21	22	23	24 KW 43	25	26	27	28	29	30	31 KW 44



Uran
1 kg
 Treibhausgasbilanz (CO₂-Äquivalente):
20g CO₂/kWh

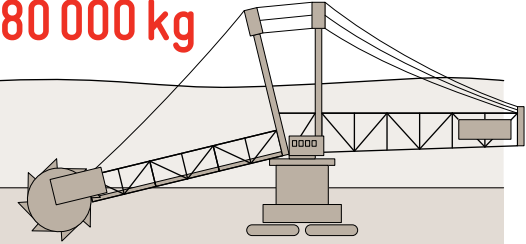
Ein Kilogramm angereichertes Urandioxid (4 % U-235) (Würfel mit Kantenlänge von 4,5 cm) liefert genügend Energie, um den **jährlichen Stromverbrauch von ca. 80 Haushalten** zu decken.

Mächtiges Uran

Das Schicksal der Atomkraft scheint – zumal in Europa – vorerst besiegelt. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist im jetzigen Strommarktumfeld angesichts hochsubventionierter erneuerbarer Energien nicht rentabel und zudem ein politisches Tabu. Das Denkverbot für neue, sichere Atomkraftwerkstechnologien ist zu bedauern, denn zumindest bis allenfalls die Kernfusion als unerschöpfliche Energiequelle nutzbar sein wird, ist die Kernspaltung die effizienteste und mit die sauberste Art der Energiegewinnung: Mit einem einzigen Uranpellet (6x8 mm) lässt sich der Stromverbrauch einer Person für ein ganzes Jahr decken, ein ganzes Kilogramm (Würfel mit Kantenlänge von 4,5 cm) reicht für den Jahresbedarf von 80 Haushalten. Der Vergleich mit den Energiedichten anderer Energieträger mag etwas plakativ sein, was ihn aber nicht weniger interessant macht: Um die Energie zu erzeugen, die in einem Kilogramm Uran steckt, müssten z.B. 66 000 Liter Erdöl verbrannt werden, ein 1x1 Meter grosses Solarpanel 2100 Jahre lang in Betrieb sein oder 71 Millionen Liter vom Stausee mit der grössten Fallhöhe der Schweiz, Grande Dixence, herunterdonnern.

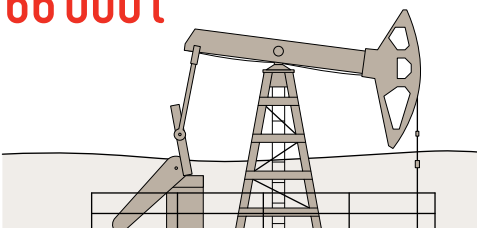
Alternativ wären dafür nötig:

Kohle
80 000 kg



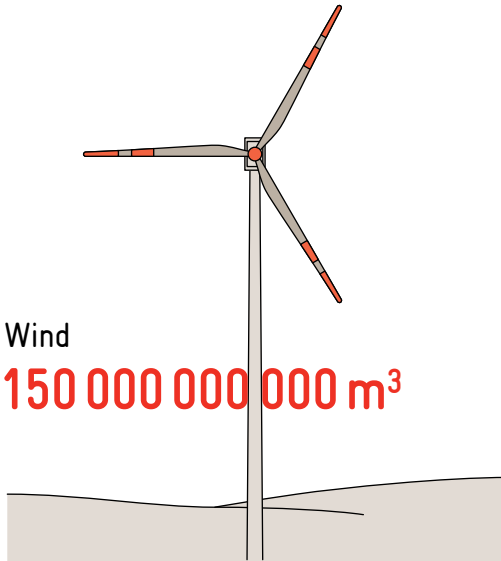
950g CO₂/kWh

Erdöl
66 000 l



800g CO₂/kWh

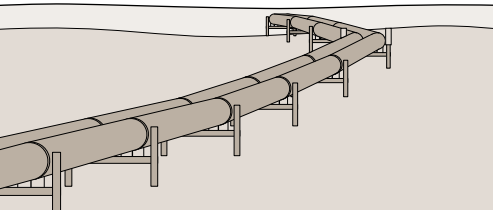
Wind
150 000 000 000 m³



25g CO₂/kWh

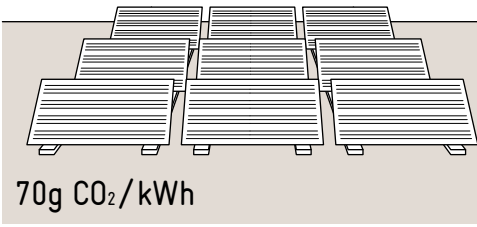
Grösste Windenergieanlage der Schweiz:
 Calandawind, Chur. Rotordurchmesser 112 m

Erdgas
51 000 m³



500g CO₂/kWh

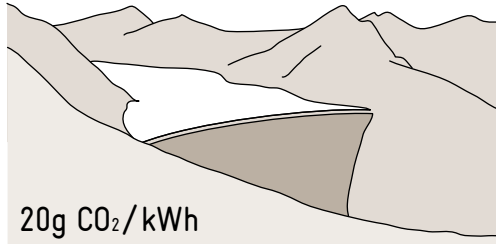
Sonne
2100 Jahre (Ein Solarpanel à 1m²)



70g CO₂/kWh

Auf Basis der grössten Photovoltaikanlage der Schweiz:
 MVN, Neuendorf

Wasser
71 000 000 l

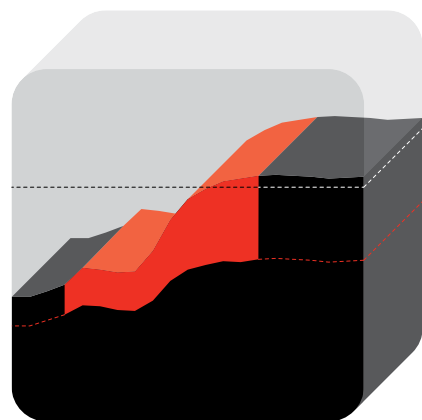


20g CO₂/kWh

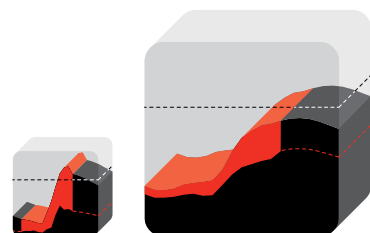
Höchste Staumauer der Schweiz:
 «Grande Dixence», VS. Fallhöhe des Wassers 1883 m

November 2016

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag
1	2	3	4	5	6	7 KW 45	8	9	10	11	12	13	14 KW 46	15

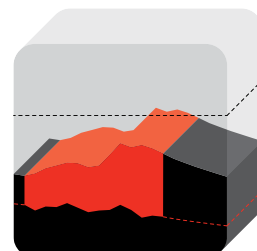


USA

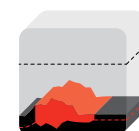


Irland

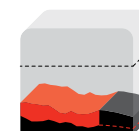
UK



Deutschland



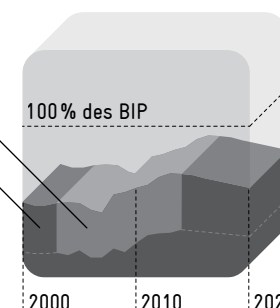
Norwegen



Schweden

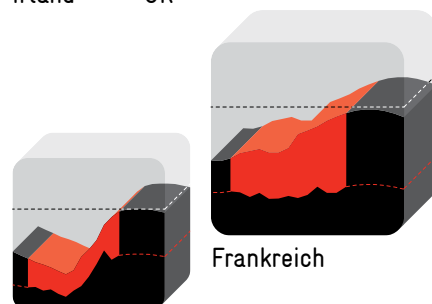
Staatsschulden gegenüber ausländischen Gläubigern

Staatsschulden gesamt



100% des BIP

2000 2010 2020

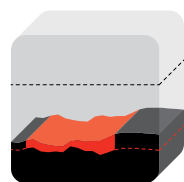


Spanien

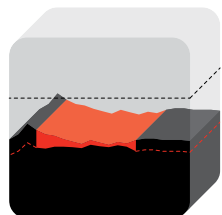
Frankreich

Schweiz

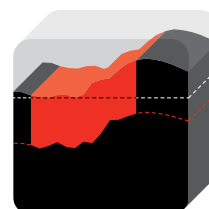
Österreich



Mexiko



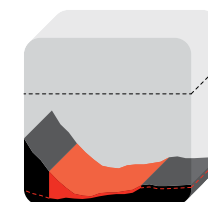
Brasilien



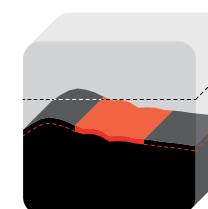
Italien



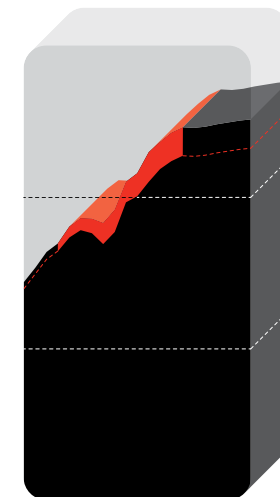
Griechenland



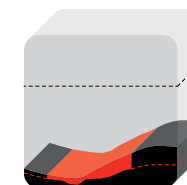
Russland



Indien



Japan



Australien

Die Schuldenberge lasten unterschiedlich schwer

Die Finanzkrise und ihre zahlreichen, anhaltenden Nachbeben haben in diversen Ländern wahre Staatsschuldenberge entstehen lassen. Problematisch ist vor allem die Verschuldung eines Staates gegenüber dem Ausland. Doch Verlauf und Struktur der Staatsschulden sind bei weitem nicht überall dieselben:

Die hohe griechische Staatsschuld sorgt vor allem darum für Unruhe, weil sie fast nur ausländische Gläubiger hat. Absolut gesehen ist Griechenland aber ein kleiner Fisch.

Während der amerikanische Staat gegenüber dem Ausland unterdessen Verbindlichkeiten von 6,2 Billionen US-Dollar aufweist, beträgt die gesamte externe Staatsschuld Griechenland «bloss» 323 Mrd. USD.

Japans horrende Staatsschulden finden in der Weltpolitik hingegen kaum Beachtung, denn der Staat pumpt hier fast nur sein eigenes Volk an. Durch die Schuldzinsen (die in Japan dank der extrem niedrigen Zinssätze zudem nicht untragbar hoch sind) fliesst also kein Geld ins Ausland ab,

sondern es wird einfach innerhalb des Landes umverteilt. Auch in den BRIC-Staaten ist die externe Verschuldung praktisch irrelevant.

Österreich, Deutschland und Frankreich verschuldeten sich hauptsächlich gegenüber dem Ausland. Im Vergleich zu diesen Ländern Mitteleuropas fällt die Sonderposition der Schweiz auf: Punkto Schulden ist sie Flachland, und was sie schuldet, schuldet sie praktisch nur sich selbst.

November 2016

Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch
16	17	18	19	20	21 KW 47	22	23	24	25	26	27	28 KW 48	29	30

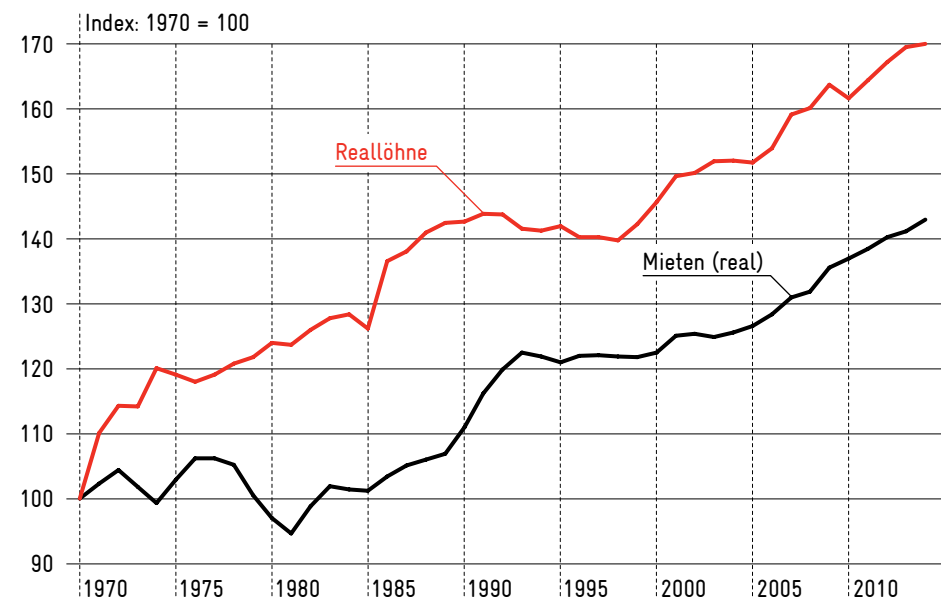
Gestiegene Kaufkraft auf dem Wohnungsmarkt

Klagen über zunehmend unbezahlbare Mieten und die daraus abgeleitete Forderung nach mehr genossenschaftlichem Wohnungsbau hört man von Vertretern bis weit aus der politischen Mitte. Ein nüchterner Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten zeigt jedoch, dass diese Klagen offenbar etwas zu sehr von der schwierigen Suche nach erschwinglichen Lofts in urbanen Trendquartieren inspiriert sind: Die durchschnittlichen Mieten sind in der Schweiz seit 1970 deutlich weniger stark gestiegen als die Löhne. Zwar resultierte die Differenz ausschliesslich aus einem Öffnen der Schere in den 1970er-Jahren, seither ist aber zumindest keine Verschlechterung des Verhältnisses erfolgt.

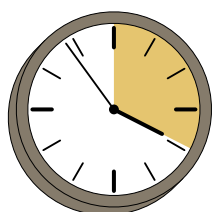
Was bei dieser «Stagnation» vergessen geht: Der Wohnraumsanspruch ist in derselben Zeit deutlich gestiegen: Heute beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf 45 m²,

1990 waren es noch 39 m² und 1980 gar nur 34 m². Diese Entwicklung war in erster Linie dank eines Anstiegs der Kaufkraft möglich: 1970 musste fast vier Stunden gearbeitet werden, um 10 m² Wohnfläche für einen Monat zu finanzieren, 1990 war es noch knapp drei und 2014 sogar nur noch 2 Stunden und 36 Minuten.

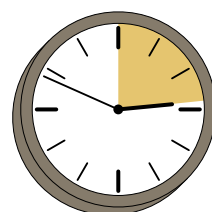
Obwohl man sich heute deutlich mehr Platz leistet als früher und obwohl sich auch die Haushaltsstruktur deutlich verändert hat (immer mehr Singlehaushalte – ebenfalls ein Zeichen des Wohlstandes), ist die durchschnittliche Wohnung heute genauso schnell abbezahlt wie die durchschnittliche Wohnung früher: Für die mittlere Jahresmiete musste man immer bis in die erste Märzhälfte arbeiten.



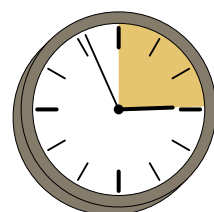
Soviele Stunden arbeitete man für die Monatsmiete von 10 m² Wohnfläche:



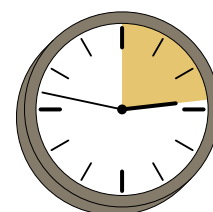
1970



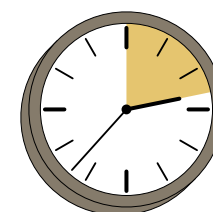
1980



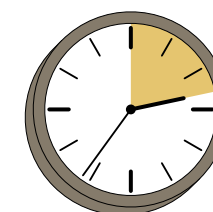
1990



2000



2010



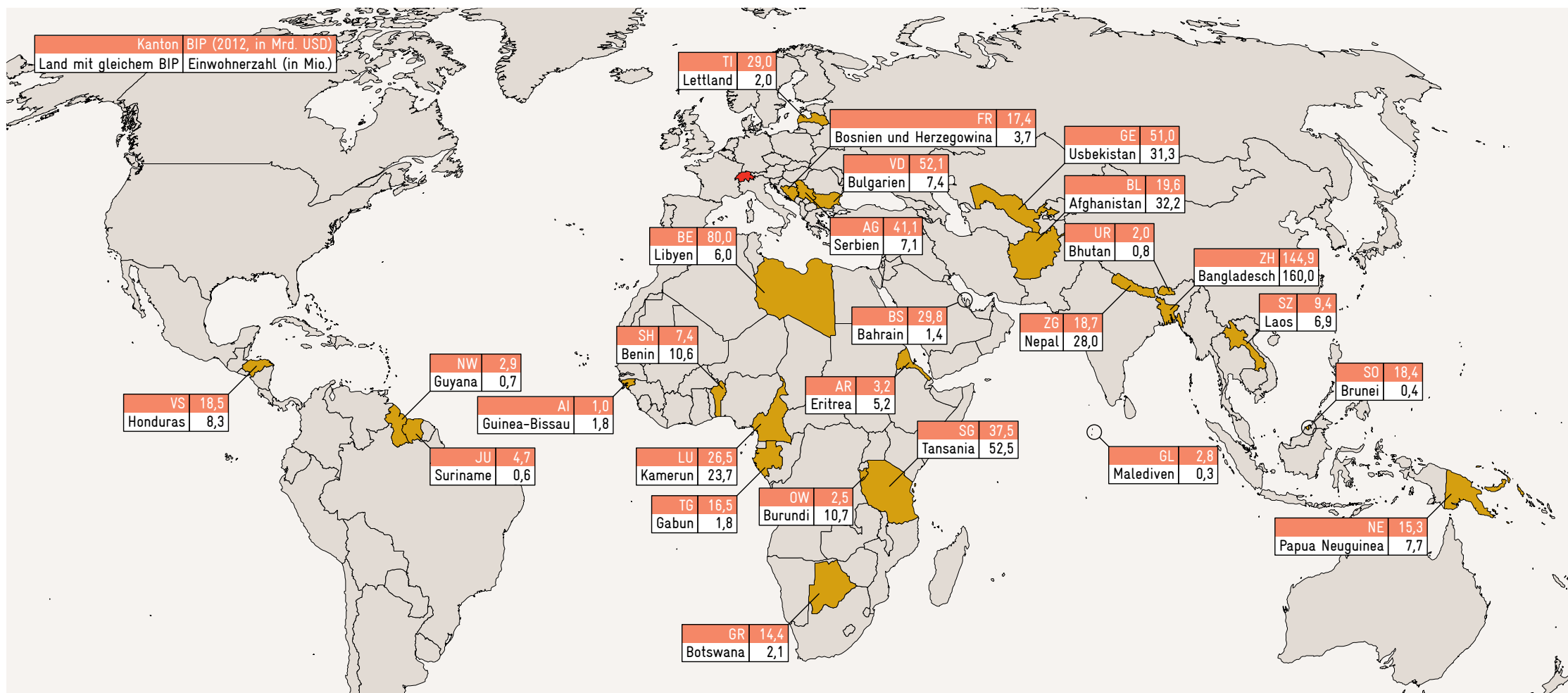
2014

Bis zu diesem Tag arbeitete man für die Jahresmiete der Durchschnittswohnung:



Dezember 2016

Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
1	2	3	4	5 KW 49	6	7	8	9	10	11	12 KW 50	13	14	15



Die Schweiz ist grösser als man denkt

Ordnet man den Schweizer Kantone Länder mit der jeweils gleichen aggregierten Wertschöpfung zu, zeigt sich eindrücklich, dass die Schweiz wirtschaftlich gesehen durchaus kein Kleinstaat ist. Nur 19 Länder haben ein höheres BIP als sie. Der Kanton Zürich alleine erwirtschaftet

gleichviel wie Bangladesch mit 150 Mio. Einwohnern, das BIP des Kantons Genf entspricht jenem von Usbekistan (Fläche: 447 400 km²), Basel-Stadt kann es mit dem Erdölimperium Bahrain aufnehmen, der Kanton Zug mit ganz Nepal (26,5 Mio. Einwohner, 147 181 km²), und sogar

Appenzell Innerrhodens «Zwilling», Guinea-Bissau, hat 1,8 Mio. Einwohner und beinahe die Fläche der Schweiz. Alle 26 Kantone zusammen vereinen so 413 Mio. Einwohner auf 7,3 Mio. km² auf sich.

Dezember 2016

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
16	17	18	19 KW 51	20	21	22	23	24	25	26 KW 52	27	28	29	30	31

Datengrundlagen

Januar/1: Nicht dank dem Bankgeheimnis, sondern dank Innovationsgeist reich

_Bolt, Jutta; van Zanden, Jan Luiten in Anlehnung an Maddison, Angus (Bezug auf www.clio-infra.eu)
_IMF: World Economic Outlook Database
_Eigene Berechnungen

Januar/2: Stabile Schweizer Regierung statt leere Versprechen und Bestrafung

_Avenir Suisse (2011): Konkordanz. In: Avenir Aktuell 2011/04
_www.parlament.ch
_Bundesamt für Statistik

Februar/1: Alte und neue Zuwanderung

_Bundesamt für Statistik: ESPOP, STATPOP
_Eurostat Datenbank
_Eigene Berechnungen

Februar/2: Ambivalentes Verhältnis der Stimmbürger zur Marktwirtschaft

_www.c2d.ch
_www.swissvotes.ch
_www.parlament.ch
_Angaben der Verbände
_Eigene Berechnungen

März/1: Die Welt lässt sich nicht prognostizieren

_IMF: World Economic Outlook Database
_Eigene Berechnungen

März/2: Integration einer ganzen DDR – ohne Flächenzuwachs

_Bundesamt für Statistik (CH): ESPOP, STATPOP, VZ, BEVNAT
_Statistisches Bundesamt (D)
_Eigene Berechnungen

April/1: Schlechte Noten in der Produktmarktregulierung

_Schwab, Klaus (2015): The Global Competitiveness Report 2015-2016
_Genf: World Economic Forum
_Weltbank (2015): Doing Business 2016 – Measuring Regulatory Quality and Efficiency
_OECD: Economy-wide Product Market Regulation (PMR)

April/2: Scheinargument Versorgungssicherheit im Strommarkt

_Geschäftsberichte der Stromunternehmen und Jahresberichte der Kantone

Mai/1: Tiefe Unternehmenssteuern können sich nur die Kleinen leisten

_Bundesamt für Statistik (Eidgenössische Betriebszählung, STATENT)

_Eidgenössische Finanzverwaltung
_Eidgenössische Steuerverwaltung
_Eigene Berechnungen

Mai/2: Grosse (Steuer-)autonomie für kleine Gebietskörperschaften

_Rühli, Lukas (2013): Eine Verwesentlichung von Föderalismus und direkter Demokratie. In: Ideen für die Schweiz – 44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen: 260 ff. Zürich: Avenir Suisse
_OECD: Fiscal Decentralization Database
_Nationale Statistikämter
_Eigene Berechnungen

Juni/1: Reiche arme Schweizer

_Milanovic, Branko (2012): Global Income Inequality by the Numbers: in History and Now – An Overview. Weltbank Policy Research Working Paper 6259: 21-24

Juni/2: Schienenverkehr mit höherer Subventionsquote als die Gesundheit

_Bundesamt für Statistik: Gesundheitsstatistik 2014; Eisenbahnrechnung 2011

Juli/1: Gewachsener Mittelstand

_Avenir Suisse (2012): Land der Mitte. In: Avenir Aktuell 2012/03

Juli/2: Freiheit und Wohlstand bedingen sich gegenseitig

_Fraser Institute
_IMF: World Economic Outlook Database

August/1: Hohes tertiäres Bildungsniveau in der Schweiz

_www.shanghai ranking.com
_Websites der Universitäten
_OECD Datenbank
_Eigene Berechnungen

August/2: Tiefes Rentenalter trotz hoher Lebenserwartung

_Bundesamt für Statistik: ESPOP; SCENARIO
_OECD Datenbank

September/1: Kaum Wettbewerb an der obligatorischen Schule

_Schellenbauer, Patrik; Walsler, Rudolf (2013): Wahlfreiheit und Benutzerfinanzierung in der Bildung. In: Ideen für die Schweiz – 44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen: 108 ff. Zürich: Avenir Suisse
_OECD (2013): PISA 2012 Results: What Makes Schools Successful? Resources, Policies and Practices (Volume IV): Chapter 4. OECD Publishing
_Angelone, Domenico; Keller, Florian; Verner, Martin (2014): PISA 2012: Porträt des Kantons Solothurn. Forschungsgemeinschaft PISA Deutschschweiz
_Eidgenössische Finanzverwaltung (Finanzstatistik)
_Bundesamt für Statistik
_Eigene Berechnungen

September/2: Guter Arbeitsmarkt als Hauptstärke der Schweiz

_OECD Datenbank (u.a. Labor Force Statistics)

Oktober/1: Stabile Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Schweiz

_The World Top Incomes Database
_OECD Datenbank
_Saez, Emmanuel und Zucman, Gabriel (2015): Wealth Inequality in the United States since 2013: Evidence from Capitalized Income Tax Data. National Bureau of Economic Research: Working Paper No. 20625
_Bundesamt für Statistik: Vermögensstatistik der natürlichen Personen
_Eigene Berechnungen

Oktober/2: Auf und ab bei der Einkommenssteuer

_Salvi, Marco; Zobrist, Luc (2013): Zwischen Last und Leistung – Ein Steuerkompass für die Schweiz: 46. Zürich: Avenir Suisse

November/1: Mächtiges Uran

_www.grande-dixence.ch
_www.alpiq.ch/unser-angebot/unsere-anlagen/wasserkraft/speicherkraftwerke/grande-dixence.jsp
_www.calandawind.ch
_www.solaragentur.ch/sites/default/files/g-14-10-03_migros_diplkatenergieranl.pdf
_www.swissnuclear.ch/upload/cms/user/swn_brennstoffbrochuere_es_low.pdf
_www.nuklearforum.ch/sites/default/files/folder-pdf/2014_Oktober_Faktenblatt_Uran_d_lowres.pdf
_ESU-services GmbH; Paul Scherrer Institut (2012): Umweltauswirkungen der Stromerzeugung in der Schweiz: 38. Uster, Villigen: Bundesamt für Energie
_Eigene Berechnungen

November/2: Die Schuldenberge lasten unterschiedlich schwer

_Weltbank: Quarterly External Debt Statistics
_IMF: World Economic Outlook
_Eigene Berechnungen

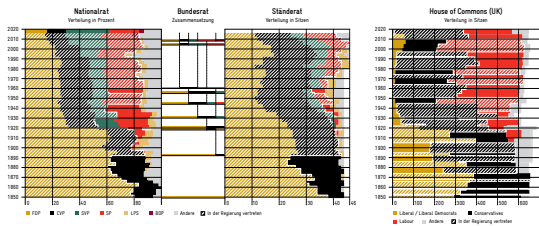
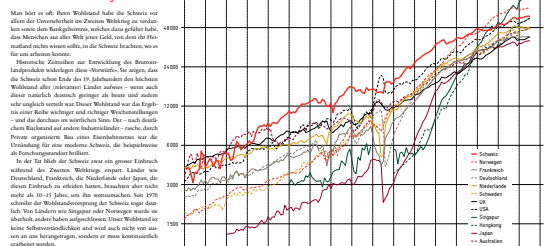
Dezember/1: Gestiegene Kaufkraft auf dem Wohnungsmarkt

_Müller-Jentsch, Daniel (2012): Der Schweizer Mittelstand im internationalen Vergleich. In: Der strapazierte Mittelstand – Zwischen Ambitionen, Anspruch und Ernüchterung: 49. Zürich: Avenir Suisse
_Bundesamt für Statistik: Gebäude und Wohnbaustatistik; Landesindex der Konsumentenpreise (LIK)
_Bundesamt für Sozialversicherungen: AHV-Rechnungen
_Eigene Berechnungen

Dezember/2: Die Schweiz ist grösser als man denkt

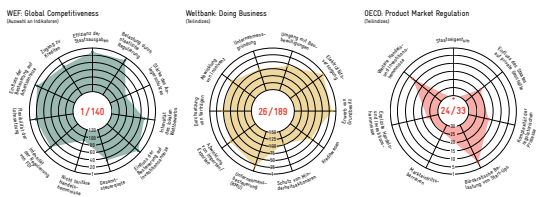
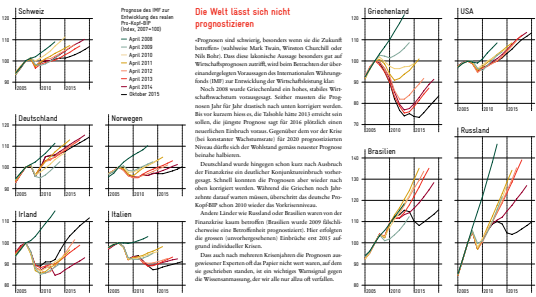
_Bundesamt für Statistik: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
_IMF: World Economic Outlook Database
_Eigene Berechnungen

Nicht dank dem Bankgeheimnis, sondern dank Innovationsgeist reich



Stabile Schweizer Regierung statt leere Versprechen und Bestrafung

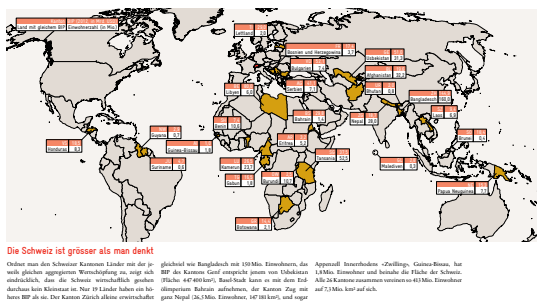
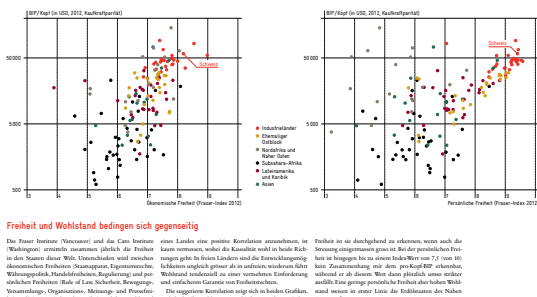
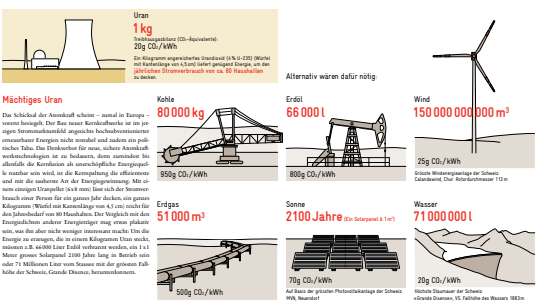
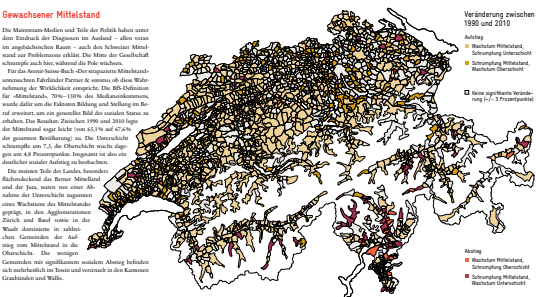
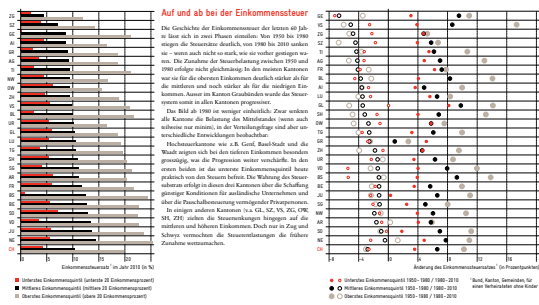
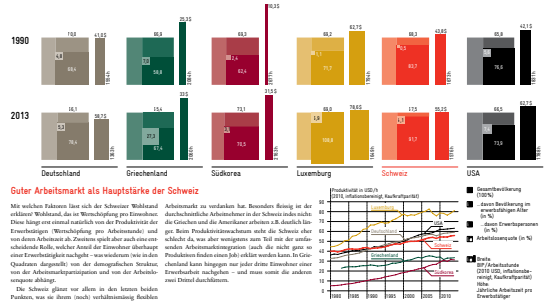
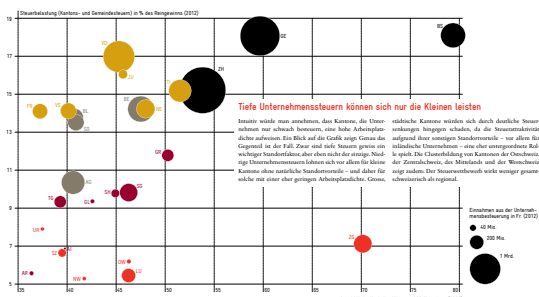
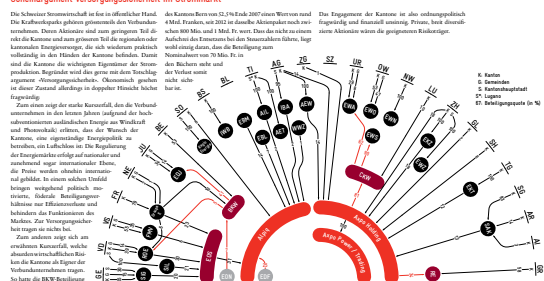
Die Schweizer Regierung ist nicht nur ein einziges Mitglied von 187 Jahren ununterbrochener Regierung, sondern eine stabile Regierung. Die Opposition ist in der Schweiz schwach, da die Regierung von der Wirtschaft abhängt und die Regierung von der Wirtschaft abhängt. Die Regierung ist nicht nur ein einziges Mitglied von 187 Jahren ununterbrochener Regierung, sondern eine stabile Regierung. Die Opposition ist in der Schweiz schwach, da die Regierung von der Wirtschaft abhängt und die Regierung von der Wirtschaft abhängt.



Kompetitiv trotz teilweise hoher Regulierungsdichte

Die Schweiz ist ein wettbewerbsfähiges Land. Die Schweiz ist ein wettbewerbsfähiges Land. Die Schweiz ist ein wettbewerbsfähiges Land. Die Schweiz ist ein wettbewerbsfähiges Land. Die Schweiz ist ein wettbewerbsfähiges Land.

Scheinamort Versorgungssicherheit im Strommarkt



Lukas Rühl (*1979) lic. oec. publ., studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich. Er stieß 2008 als Rechercheassistent zu Avenir Suisse, wo er 2010 zum Projektleiter ernannt wurde. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die politischen Institutionen (Föderalismus, Gemeindeformen, Finanzausgleich, direkte Demokratie), die Sozialwerke sowie die Datenvisualisierung.

avenir suisse

think tank for economic and social issues

Zürich
Rotbuchstrasse 46
8037 Zürich
Tel +41 44 445 90 00

Genf
47, route des Acacias
1227 Les Acacias / Genève
Tel +41 22 749 11 00

www.avenir-suisse.ch
info@avenir-suisse.ch